Morgenausgabe

Nr. 325 / A 164 48. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 5,— M.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilage „Volk und Zeit". Ferner „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" u. „Stadtbeilage"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 15. Juli 1931

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Nonpareillezeile 80 Pf. Reklamezeile 5,— RM. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Henderson und Stimson in Paris.

Frankreich wartet auf deutschen Schritt.

Paris, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Der französische Finanzminister Flandin hatte am Dienstagmittag eine lange Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, der am Morgen aus Basel zurückgekehrt war. Der Leiter der französischen Notenbank erstattete dem Minister Bericht über die Beschlüsse des Verwaltungsrats der BIZ. in bezug auf den Garantiefonds des Young-Plans und den deutschen Kreditantrag. Nähere Angaben über die Unterredung wurden nicht gemacht.

Obgleich die BIZ. die endgültige Entscheidung für die Gewährung eines Kredits an die Reichsbank den Regierungen überlassen hat, ist von der französischen Regierung am Dienstag kein Beschluß zu erwarten. Die Regierung ist der Ansicht, daß die

Initiative bei der Reichsregierung

liegt und wartet daher neue Schritte von deutscher Seite ab, um dann entsprechende Maßnahmen zu treffen. Briand ist im übrigen nicht in Paris. Er ist am Montagabend nach seinem Landgut Cocherel abgereist und kehrt erst am Mittwochvormittag nach Paris zurück. Der Ministerpräsident ist durch die verschiedenen Feiern aus Anlaß des Nationalfestes in Anspruch genommen. Ein Ministerrat ist erst für Freitag vorgesehen.

Der englische Außenminister Henderson ist in Paris eingetroffen, wo er sich bis zur Abreise nach Berlin am Freitag aufhält. Der amerikanische Außenminister Stimson wird aus Rom am Donnerstag ebenfalls eintreffen.

Die „Liberté" und der „Intransigeant" beschäftigen sich bereits mit den Folgen eines deutschen Zusammenbruchs für Frankreich. Der „Intransigeant" erklärt, Frankreich werde weniger als England und Amerika leiden, denn es seien nur verhältnismäßig geringe französische Kapitalien in Deutschland investiert. Außerdem würden die übrigen mitteleuropäischen Länder, wie die Tschechoslowakei und Polen, die von Frankreich stark unterstützt würden, indirekt für ihren Export aus einer wirtschaftlichen Unordnung in Deutschland Nutzen ziehen. Abgesehen von der heiklen Lage, in die ein Zusammenbruch die BIZ. versetzen würde, sei die größte Gefahr eine menschliche und politische Gefahr. Unordnung, Elend, Gewalttätigkeiten und Diktaturen seien in keinem Lande Europas erwünscht. Aehnliche Gedankengänge findet man in der „Liberté", die hauptsächlich einen Sieg des Bolschewismus in Deutschland befürchtet, falls Brüning nicht Herr der Lage bleibe. Die Anhänger Hugenbergs und Hitlers seien vielleicht imstande, einen Staatsstreich auszuführen, wenn ihnen die Umstände günstig seien, sie seien aber unfähig, die Macht zu behalten.

Henderson über die außergewöhnlichen Umstände seiner Reise.

London, 14. Juli.

Vor seiner Abreise nach Paris erklärte Henderson, er trete diese Reise unter außergewöhnlichen Umständen an und sei sich dessen vollkommen bewußt. Der gestrige Beschluß der Internationalen Zahlungsbank müsse eine Entspannung der Lage auf alle Fälle herbeiführen. Er hoffe, daß sich diese Erwartung erfüllen werde. Henderson ging dann auf den Besuch in Berlin ein und betonte, die britischen Minister wollten in Deutschland alles in ihren Kräften Stehende tun, um die freundschaftlichen Beziehungen nicht nur zwischen England und den anderen europäischen Nationen auszubauen, sondern auch zwischen Frankreich und Deutschland. Außenminister Henderson erklärte schließlich, er werde in Paris mit dem französischen Außenminister Briand, vielleicht auch mit anderen Mitgliedern des französischen Kabinetts verhandeln.

Premierminister Macdonald wird sich wahrscheinlich am Freitag mit dem Flugzeug direkt nach Berlin begeben.

Luther braucht 2 Milliarden.

Zürich, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Ueber die am Dienstagvormittag in Basel stattgefundenen Beratungen erfährt die „Neue Züricher Zeitung":

„Dr. Luther traf um 9 Uhr morgens am Sitz der BIZ. ein und nahm sofort wieder Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten der BIZ. auf. Nachdem die Gouverneure der Notenbanken am Montagabend grundsätzlich beschlossen haben, Deutschland die Unterstützung zu leihen, wenn alle Regierungen sie dazu ermächtigen und Deutschland die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, bleibt eine Frist von fünf Tagen, innerhalb denen eine praktische Lösung gefunden werden kann. In erster Linie stellt sich die Frage, wie groß der zu gewährende Kredit sein soll. Dr Luther hat keine bestimmten Zahlen genannt. In den Kreisen der BIZ. glaubt man aber, daß der Kredit sich heute

mindestens auf etwa 500 Millionen Dollar

belaufen würde. Zur Zeit gehört diese Frage nicht mehr in das Ressort der BIZ., sondern in dasjenige der Regierungen, die hoffen, daß Dr. Brüning, um eine Lösung zu erleichtern, die

beruhigenden politischen Erklärungen

abgeben wird, die von ihm gewünscht werden, und die den Willen Deutschlands zu einer loyalen Zusammenarbeit, einer Politik des Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bestätigen.

Deutschland sollte am 15. Juli der BIZ. 134 900 333 Mark in ordentlichen Devisen aushändigen, wovon 5 300 000 Mark für den Dienst der Young-Anleihe bestimmt sind. Nachdem der Verwaltungsrat der BIZ. am Montag beschlossen hat, die monatliche Endzahlung der Beträge auf das Konto des Garantiefonds von 500 Millionen einzuwilligen, ist man der Ansicht, daß der Vorschlag Hoovers, die Schuldenzahlungen während eines Jahres zu verschieben,

am Dienstag in Kraft getreten ist.

Deutschland wird daher am Mittwoch nur den Betrag der ungeschützten Annuität, soweit er auf Frankreich entfällt, d. h. 41 666 666 Mark, bezahlen müssen. Gemäß dem Abkommen zwischen Washington und Paris wird diese Summe wieder an Deutschland ausgeliehen unter Abzug des Betrages für den Dienst der Young-Anleihe. Diese Fragen sind es, die die Direktoren der BIZ. am Dienstagvormittag mit Dr. Luther bereinigten. Quesnay wird wahrscheinlich am Dienstag nach Paris abreisen. Die monatliche Tagung des Verwaltungsrats wurde auf den 31. August festgesetzt. Es ist möglich, daß schon vor diesem Datum eine Zusammenkunft stattfindet."

Berlin zahlt.

Gehälter und Unterstützungen am 15. Juli.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

Die Stadt Berlin zahlt die Gehälter, Unterstützungen usw. am Fälligkeitstage, Mittwoch, dem 15. Juli, aus.

Stimson mit Vermittlung beauftragt.

Rom, 14. Juli.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der am Dienstag nach Paris weitergereist ist, hat von Hoover den neuen Auftrag erhalten, angesichts der plötzlich zugespitzten Krise in Deutschland mit allem Nachdruck in Paris dahinzuwirken, daß Frankreich sich der internationalen Kreditaktion anschließt. Auch in Stimsons Besprechungen mit den Botschaftern von Deutschland, Frankreich und England in Rom stand das deutsche Problem im Vordergrund.

Italien zeigt sich zur Mitwirkung an der internationalen Hilfsaktion durchaus bereit, und zwar, ohne zugleich offiziell irgendwelche Bedingungen zu stellen. Im gleichen Sinne äußert sich am Dienstag auch die Presse. Sie sieht Deutschlands Schicksal mit dem Europas so eng verknüpft, daß keine Zeit mehr zum Paktieren und Reden bleibe, sondern unverzüglich solidarisch gehandelt werden müsse.

New-Yorker Kredit-Gerüchte.

New York, 14. Juli.

In Finanzkreisen scheint der Gedanke eines Vorgehens der übrigen Notenbanken ohne Frankreich erörtert zu werden, jedoch hat dieser Gedanke noch keine konkrete Gestaltung angenommen.

New York verlängert Kredit.

Die Federal Reserve Bank von New York gibt bekannt, daß sie sich zusammen mit den anderen Federal Reserve Banken bereit erklärt hat, ihre Beteiligung an dem der Reichsbank gewährten Kredit von hundert Millionen Dollar zu erneuern, unter dem Vorbehalt, daß die anderen Banken, die sich an diesem Kredit beteiligt hatten, ebenfalls einer Erneuerung zustimmen.

Heute neue Verordnungen.

Beratungen des Reichskabinetts.

Die nachts 22 Uhr begonnene Sitzung des Reichskabinetts war kurz nach 23 Uhr zu Ende. Die Beratungen, an denen auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teilnahm, galten der Schaffung der Grundlage, auf der am Mittwoch die entscheidenden Beschlüsse aufgebaut werden sollen. Es ist anzunehmen, daß in den neu zu beschließenden Maßnahmen auch eine Devisenordnung enthalten sein wird.

Die Schuldigen.

Sollen die Verderber Minister werden?

Die Reichsregierung berät über neue Notverordnungen, um die deutsche Wirtschaft über die schlimmsten Tage hinüberzuretten. Man denkt an eine Verwendung von Rentenbankscheinen, die bei der Reichsbank lagern, um der augenblicklichen Zahlungsmittelknappheit entgegenzutreten, man plant Maßnahmen, um unberechtigten Abziehungen und Hamsterei von Zahlungsmitteln entgegenzutreten. Es hat indessen den Anschein, als ob über den notwendigen Maßnahmen der Selbsthilfe in der Oeffentlichkeit die Notwendigkeit der Auslandshilfe in den Hintergrund gedrängt werde. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn der Eindruck erweckt werden würde, daß durch die beabsichtigten Maßnahmen das Loch gestopft werden könnte, das durch den Abzug von 3 Milliarden Auslandskrediten aufgerissen worden ist. Deutschland braucht die Hilfe des Auslands, und es muß der Sinn der eingeleiteten Maßnahmen sein, der Welt zu zeigen, daß Deutschland entschlossen ist, das eigene Haus zu ordnen, um die Kreditwürdigkeit Deutschlands zu beweisen.

Es bedarf dazu mehr als das bloße Herumkurieren an den Symptomen der Krise! Die Notmaßnahmen des Augenblicks müssen verbunden sein mit einer energischen und zielbewußten Abwendung von den Fehlern der deutschen Wirtschaftsführung und der deutschen Politik. Es gilt Konsequenzen zu ziehen aus der Erfahrung, daß die Abwendung von der Politik Stresemanns nach der Rechten hin, daß die Verdunkelung der klaren Linie der deutschen Außenpolitik zu der Erschütterung der Stellung Deutschlands und des Vertrauens des Auslandes beigetragen hat.

Die Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses gemeinsam mit Parteivorstand und Kontrollkommission hat dazu ein festes und offenes Wort zur rechten Zeit gesprochen. Die Sozialdemokratische Partei fordert Umkehr von dem verhängnisvollen Wege. Sie hat die Richtung gezeigt, die die Reichspolitik einschlagen muß, sie hat aber zugleich auch die Schuldigen an der Katastrophe gekennzeichnet.

Die Schuld tragen die sogenannten Wirtschaftsführer in ihrer Selbstherrlichkeit und ihrer Verantwortungslosigkeit. Die Führer der deutschen Riesenunternehmungen, die den Staat mit ihrem Haß verfolgten, haben durch ihre Fehldispositionen die Wirtschaft in die Katastrophe geführt. Sie haben den Wiederaufbau Deutschlands, den seit 1925 das arbeitende Volk mit ungeheuren Opfern für die Rationalisierung bezahlt hat, gestört und irregeleitet. Als die Weltwirtschaftskrise ihre Schatten vorauswarf, begannen Kapitalfehlleitung, Kartellrentnertum, Selbstfinanzierung, uferlose Zollschutz- und Subventionspolitik sich zu rächen. Die Schuldigen haben ihre Verantwortung zu verdecken versucht durch das Geschrei gegen den „Marxismus" und die angebliche „Mißwirtschaft der öffentlichen Hand". Es war die deutsche Schwerindustrie, der Sitz des brutalsten Scharfmachertums, die dabei führend vorangegangen ist.

Diese Führer ins Unglück sind bankrott — wirtschaftlich und politisch —, und es ist an der Zeit, dem Volke die ganze Größe ihrer Schuld zu zeigen!

Mit ihnen tragen die Schuld die Kräfte, die die bankrotten Wirtschaftsführer gerufen und finanziert haben, die Hitler und Hugenberg.

Der verhängnisvolle Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion vom 14. September 1930 war der Beginn der Zerstörung des deutschen Kredits, das Treiben der Hitler-Horden, die militaristischen Paraden des Stahlhelms, haben fortgesetzt, was damals begonnen wurde. Deutschland bezahlt den nationalsozialistischen Hexensabbat mit der Einengung seiner Wirtschaftsfinanzierung, mit dem Verlust von 3 Milliarden Betriebskapital, mit Arbeitslosigkeit und Not, mit der Erschütterung der Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft. Wenn jetzt die kleinen Sparer um ihre paar Spargroschen bangen, wenn die noch in Arbeit Stehenden sich bang fragen, ob sie morgen nicht auch auf der Straße liegen werden, so verdanken sie dies den bankrotten Wirtschaftsführern und ihren nationalsozialistischen Landsknechten!

Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Kundgebung die Schuldigen gebrandmarkt. Jeder Versuch der bankrotten Wirtschaftsführer, sich auf Kosten des Volkes zu retten, um ihre Selbstherrschaft zum Verderben Deutschlands fortsetzen zu können, wird dem energischen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei begegnen.

Die Deutsche Volkspartei, die politische Ver-

treiung der bankrotten Wirtschaftsführer, hat gestern dem Vernehmen nach gefordert, daß Herr Vögler, einer der Führer der Schwerindustrie, zum Reichswirtschaftsminister ernannt werde, und daß Reichsbankpräsident Luther durch Herrn Schacht ersetzt werde. Auf welche Leistungen wird diese Forderung gestützt? Auf das Versagen der industriellen Hintermänner der Volkspartei, oder auf die Mitwirkung des Herrn Schacht bei der Förderung der rechtsradikalen Agitation, die zur Zerstörung des deutschen Kredits beigetragen hat? Oder auf die glanzvolle Rolle der Volkspartei bei der Herbeiführung politischer Krisen in schwersten deutschen Lagen? Oder wollen die Herrschaften die politischen Konzessionen einkassieren für die glanzvolle Aktion der tausend Unternehmungen mit dem Garantiesyndikat?

Nichts gelernt und nichts vergessen! Selbst nach seinem grandiosesten Bankrott strebt das deutsche Scharfmachertum noch nach der Herrschaft über den Staat, um zur wirtschaftlichen Katastrophe die politische zu fügen. Denn die Ernennung Vöglers zum Reichswirtschaftsminister und Schachts zum Reichsbankpräsidenten — das wäre eine Kriegserklärung nach innen und außen!

Hugenberg Schuldner der Danat.

23 Millionen Schulden des Scherlverlags bei Jakob Goldschmidt — Eine Enthüllung der Täglichen Rundschau.

Ein rechtsstehendes nationales Blatt, die „Tägliche Rundschau", verzeichnet die allgemein beobachtete Tatsache, daß die Presse des Herrn Hugenberg gegenüber dem Fall Danat eine Haltung einnimmt, die sich auffällig von der Haltung der Hitler-Presse unterscheidet. Das Blatt fragt nach den Gründen und kommt zu folgender Antwort:

„Diese Unsicherheit des deutschnationalen Lagers hat ihre realen Gründe. Man weiß allgemein, daß der Scherlverlag Hugenbergs zu den Schuldnern der Danatbank gehört. Es würde dem Scherlverlag sehr unangenehm sein, wenn die 23 Millionen von der Danatbank zurückgefordert würden. Deshalb vielleicht im „Lokal-Anzeiger" die Mahnung, jeden Abzug, jeden Run zu unterlassen. Deshalb vielleicht die schönfärberische Darstellung."

Wir verzeichnen diese Enthüllung eines rechtsstehenden Blattes, die deutlich zeigt, aus welchen Motiven im Hugenberg-Lager Politik gemacht wird.

Einheit der Partei.

Beschluß des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 14. Juli folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit.

Demgegenüber steht jedoch fest, daß auf der Grundlage der Marxistischen Büchergemeinde und einer besonderen Referentenvermittlung innerhalb der Parteiorganisation die Ansätze zu Organisationen geschaffen sind, die neben der Sozialdemokratischen Partei ein Sonderdasein führen.

Dazu kommt die Aufforderung zur Zustimmungserklärung zu dem Mahnruf in Nr. 13 des „Klassenkampf" und die Sammlung von Unterschriften, die nur den Zweck haben kann, Adressenmaterial zu sammeln, das die Grundlage eines weiteren Ausbaues der Sonderorganisation ist.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit haben solche Vorgänge ihre eigenen Gesetze. Gleichgültig, ob die Urheber dieser Maßnahmen die Spaltung wollen oder nicht, besteht die Gefahr, daß sie zur Spaltung der Partei führen.

Jede Betätigung in diesem Sinne ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und muß als parteischädigende Handlung angesehen werden.

Der Parteiausschuß verlangt deshalb die Einstellung der Sammlung von Unterschriften sowie aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei."

Unterstützungsgelder sichergestellt.

Die Zusammenarbeit der Reichsbank mit der Reichsanstalt.

Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ist gesichert. Die erforderlichen Gelder stehen zur Verfügung. Der Umstand, daß vor einiger Zeit die Reichsbank im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Ueberbrückungskredits für die Reichsanstalt zum Geschäftsträger für die Abwicklung der Geldgeschäfte der Arbeitslosenversicherung gemacht worden ist, wirkt sich jetzt vorteilhaft aus.

Die Zuspitzung der Krise und vor allem die Einführung der Bankfeiertage dürften der übergroßen Mehrheit der großen Elendsarmee der Arbeitslosen deutlich den Ernst der Situation gezeigt haben. Krawalle und Schlägereien liefern in diesem Augenblick nur Stoff zu Alarmmeldungen, die das Mißtrauen des Auslandes gegenüber der Gesamtsituation Deutschlands nur verschärfen. Das Mißtrauen des Auslandes ist aber Deutschlands größter Feind. Allmählich könnten das auch die Schreier kommunistischer und nationalsozialistischer Demonstrationen einsehen. Der Arbeitslose handelt jedenfalls in seinem ureigensten Interesse, wenn er auf den Arbeitsnachweisen und den Zahlstellen der Arbeitsämter kaltes Blut bewahrt und sich von törichten Unruhestiftern, die über die Tragweite ihres Treibens im unklaren sind, nicht verrückt machen läßt.

Löhne an der Ruhr gesichert.

Erklärungen der Arbeitgeberverbände.

Essen, 14. Juli.

Der Arbeitgeberverband Nordwest und Zechenverband teilen mit: Entgegen Zeitungsnachrichtungen, die Lohnzahlungen für die Arbeiter seien gefährdet, erklären wir, daß von seiten der Werke für die Auszahlung der Löhne hinreichend Vorsorge getroffen worden ist.

Der Vorarlberger Landtag wählte den früheren Bundeskanzler Dr. Ender mit 22 von 28 Stimmen zum Landeshauptmann und mit 26 von 28 Stimmen zum Präsidenten des Landtages.

Milde Justiz gegen Großverbrecher

Immer noch keine Verhaftung der Gebrüder Lahusen.

Amtlich wird mitgeteilt: Am Montag waren Ministerialdirektor Ernst Schäfer und Oberregierungsrat Dr. Lehmann vom Reichsjustizministerium in Bremen anwesend, um sich über den Stand des Verfahrens gegen die bisherigen Leiter des Nordwolle-Konzerns, Brüder Lahusen, näher zu unterrichten. Die Bremer Justizbehörden haben die erbetenen Auskünfte in der entgegenkommendsten Weise erteilt.

*

Als der englische Großbetrüger Hatry vom Old-Bailey-Gericht in London zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, erhob sich in der Gestalt des Richters Avory die beleidigte Geschäftsehre Englands, als er mit eiskalten Worten dem unter der Härte des Urteils zusammengebrochenen Hatry entgegenhielt:

„Clarence Charles Hatry, Sie sind nach Ihrem eigenen Geständnis der abscheulichsten Betrügereien schuldig, die jemals die Handelsehre Großbritanniens befleckt haben."

Dies dringende Bedürfnis nach Reinigung und Klärung läßt die bisherige Haltung der Bremer Justizbehörden im Falle Lahusen durchaus vermissen. Sie hat es bisher unterlassen, die Hauptschuldigen verhaften zu lassen unter der Angabe, daß weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorliege. Dazu erhält die „Frankfurter Zeitung" von einem genauen Kenner der Verhältnisse bei Nordwolle die folgende Zuschrift:

„Ich halte es für einen verhängnisvollen, vielleicht nicht wieder gutzumachenden Fehler, daß von dieser Verhaftung abgesehen worden ist. Nicht nur, daß seit Wochen keine Hand mehr in Bremen regiert und damit dem alten Vorstand immer noch die Möglichkeit gegeben ist, auf die Geschäfte einzuwirken, ist auch bis zur Stunde noch keine objektive Stelle an der Arbeit, etwaige Verdunkelungen zu verhindern. Die Lahusen sind bisher in der Lage gewesen und sind es noch immer, bei ihren enormen Verbindungen in jeder Beziehung Verdunkelung, speziell in Holland, zu üben. Es ist auch noch unklar, ob sie ihr Vermögen wirklich voll zur Verfügung gestellt haben; die Verhältnisse z. B. in Buenos Aires (wo eine Tochtergesellschaft des Konzerns besteht. Red.) sind noch völlig undurchsichtig. Und da hat die Staatsanwaltschaft den Mut zu behaupten, Verdunkelungsgefahr bestehe nicht! Kleine Sünder sperrt man sofort ein und läßt sie monatelang sitzen, aber bei diesen Leuten getraut man sich offenbar nicht oder läßt sich von ganz unangebrachten Milderungsgründen leiten. Mindestens die Vorstandsmitglieder gehören so lange in Haft, bis alle Bücher und Geschäftsunterlagen im In- und Auslande sichergestellt sind."

Zu diesem Schreiben fügt die „Frankfurter Zeitung" hinzu: „Dieser Brief ist ein vergleichsweise höflicher Ausdruck einer Empörung und einer Besorgnis, welche recht weite Kreise — gerade auch Kreise der Kaufmannschaft — ergriffen hat, als sie die Kunde von der Sanftheit der Bremer Untersuchungsbehörden vernehmen mußten."

Der Nordwolle-Konzern wird, wie wir aus Bremen erfahren, zur Zeit geleitet von den alten Direktoren Hartung, Meister, Eggers und Pfabe. Senator Rodewald, der nach der Aufsichtsratssitzung mit der Leitung des Konzerns betraut wurde, hat wegen Nervenzerrüttung dieses Amt niedergelegt und ist nach wie vor Aufsichtsratsvorsitzender. Die Gebrüder Lahusen halten sich in den Räumen des Verwaltungsgebäudes auf zur Abwicklung ihrer persönlichen Geschäfte! Und trotzdem keine Verdunkelungsgefahr?

Der Rechtsanwalt Dietrich Lahusen, der jüngste der fünf Brüder, hat seinen Aufsichtsratssitz niedergelegt. Das Aufsichtsratsmitglied Heinz Böhmer, der Schwager Lahusens und Sohn des bremischen Finanzsenators Böhmer hat seinen Aufsichtsratssitz zur Verfügung gestellt.

Sollte ein Versagen der Aufsichtsinstanzen nicht auch darin zu suchen sein, daß so viele Verwandte den Aufsichtsrat bevölkern und selbstverständlich durch dick und dünn zu Bruder bzw. Schwager hielten? Und trotzdem keine Verdunkelungsgefahr?

Friedrich Payer gestorben.

Führer einer vorverstorbenen Partei.

Aus Stuttgart kommt die Nachricht, daß Friedrich Payer gestern 84jährig nach kurzer Krankheit gestorben ist. Er war in vergangenen Jahren eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen bürgerlichen Demokratie und Vizekanzler des Deutschen Reiches während des Krieges. 1847 in Tübingen geboren, Jurist, Rechtsanwalt in Stuttgart, wurde er schon 1877 zum ersten Male in den Reichstag gewählt, dem er dann mit geringen Unterbrechungen bis 1918 angehörte. Auch in der Nationalversammlung war er noch Mitglied. Im Württembergischen Landtag war er viele Jahre Präsident. Seine Ernennung zum Stellvertreter des Reichskanzlers v. Hertling im Jahre 1917 — an Stelle des zurückgetretenen Helfferich — war sozusagen die erste Andeutung eines parlamentarischen Regiments. Als Hertling zurücktrat, sollte Payer Reichskanzler werden, aber er lehnte wegen seines hohen Alters ab, und so kam es zur Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden.

Payer war keine besonders glänzende, aber eine durchaus solide und ehrenhafte Erscheinung im politischen Leben. Unbedingte Zuverlässigkeit im Festhalten an gemeinsam gefaßten Entschlüssen war eine seiner besten Tugenden. Auch in der Sozialdemokratischen Partei genoß er Ansehen; besonders Ebert hielt große Stücke auf ihn. Seine politische Charakterstärke bewies der 83jährige noch einmal, als er den Eintritt der Demokraten in die Regierung Bazille mit seinem Austritt aus der Partei beantwortete.

Payer hat ein Erinnerungsbuch hinterlassen „Von Bethmann bis Ebert". Es spiegelt den Mann in der schlichten Vornehmheit, in der wir ihn gekannt haben, und ist eine treffliche Widerlegung der Dolchstoßlüge.

Seine Partei hat Payer überlebt . . .

Sie rufen nach dem Staatsanwalt.

Sie sollen ihn haben!

Am Sonnabendabend hatte die „Deutsche Zeitung" die infame Behauptung aufgestellt, daß der sozialdemokratische Parteivorsitzende Otto Wels bei seinem jüngsten Besuch in London den Außenminister Henderson angespornt hätte, die bekannten politischen Forderungen — Einstellung des Panzerkreuzerbaues und Verzicht auf die Zollunion — zu stellen.

Bereits am Sonntagfrüh erklärte der „Vorwärts" diese Behauptung für eine „dreiste Lüge, die nur lanciert wurde, um einen neuen „Landesverrats"-Feldzug gegen die Sozialdemokratie zu inszenieren".

Daß der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, seither diese Verleumdung, wenn auch in vorsichtigerer Form und unter Vorbehalt, dennoch abgedruckt hat und dabei zu verstehen gab, daß er diese Version für glaubwürdig halte, war eine grobe journalistische Unanständigkeit, wie man sie zuweilen in diesem Blatt erlebt. Nun ist inzwischen diese Hetze auf den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Breitscheid wegen seiner Reise nach Paris erweitert worden. Der „Deutsche Schnelldienst", der Herrn Hugenberg nahesteht, verbreitet am Dienstag einen Artikel, in dem es heißt:

„Wählt die deutsche Regierung diesen Weg der Unterwerfung, so setzt sie damit die Erfüllungspolitik bis zu ihrem vorgezeichneten sicheren Ende fort. **Dann tut sie das, was Wels in London und was Breitscheid in Paris, unverdächtigen Nachrichten zufolge, bereits als Zusicherung abgegeben haben . . .** Wird dieser Schritt getan, so muß er ehrlich und verantwortlich getan werden, denn sonst wäre er ein Schritt ins Leere. Er muß mit Wels und Breitscheid getan werden und die Führung würde aus mancherlei Gründen dann wohl am besten in der Hand des Herrn Stegerwald liegen . . .

Die Rolle, die Herr Breitscheid in der französischen Kammer gespielt hat, **ist bekannt und könnte durch eidliche Erhebungen doch wohl genügend klargestellt werden. Der Laie fragt sich, warum hier kein Staatsanwalt eingreift. Nach Auffassung** des Laien ist der Tatbestand des Landesverrats gegeben . . .

Will die Regierung Brüning die politischen Forderungen ablehnen, will sie nicht die Zusicherungen „effektuieren", die **Wels und Breitscheid gemacht haben, dann muß sie** auch den Willen zur Führung zeigen, sonst glaubt man ihr die Führung nicht. Dann muß sie dafür sorgen, daß der Staatsanwalt seine Pflicht tut."

Die Genossen Wels und Breitscheid werden dem Staatsanwalt die Möglichkeit des Eingreifens geben. Allerdings in anderem Sinne als es die deutschnationale Presse wünscht. **Sie haben den Staatsanwalt zum Einschreiten gegen den „Deutschen Schnelldienst" aufgefordert** und so wird den Hintermännern dieses Organs die Gelegenheit geboten sein, ihre Behauptung von dem „Landesverrat" der Genossen Wels und Breitscheid zu beweisen.

Die Entscheidung Frankreichs.

Die Germania über die politischen Fragen.

Ueber die Möglichkeiten, die sich aus der Finanzkraft Frankreichs für die deutsch-französische Verständigung ergeben, schreibt die „Germania":

Luther unternahm seine Erpreßfahrt nach London und Paris, erstattete in Berlin Bericht und verhandelte in Basel weiter — bis zur Stunde ist noch nichts Greifbares erreicht. Ueberall zeigt man grundsätzliche Bereitschaft, die amerikanische Bundesbank trifft alle Vorkehrungen für eine Emission, in London berät man über eine Bankenkonzentration zugunsten Deutschlands, die BIZ. stellt ihren Apparat und Mittel zur Verfügung, aber jeder wartet auf den Vorantritt des anderen. War zum vollen Inkrafttreten der Hoover-Aktion Frankreichs Zustimmung notwendig, so erscheint sie für die Kreditaktion erwünscht, aber es besteht die dringende Gefahr, daß durch das neuerliche französische Hinhalten diese zweite, noch dringlichere Rettungsaktion durch Verzögerung ebenso ihrer moralischen Bedeutung verlustig geht wie jener Washingtoner Schritt. Ebenso wie das Weltmoratorium psychologisch wichtiger als rechnerisch war, so ist auch weniger die Höhe, als die Form und Rechtzeitigkeit der Deutschlandkredite ausschlaggebend.

Frankreich trägt eine schwere Verantwortung für Europa — zum zweiten Male im Verlauf dreier Wochen. Mit Recht weist heute morgen der „Daily Chronicle" darauf hin, Frankreich solle einsehen, daß es mit einem einzigen Schlage das jahrhundertealte Ziel einsichtiger französischer Politik, nämlich wirkliche Freundschaft mit Deutschland, erreichen kann. Frankreich würde dadurch nicht allein den ungünstigen Eindruck verwischen, den seine Haltung im Kampf um den Hoover-Plan gemacht hat. Wenn es

in diesem Augenblick von sich aus, ohne kleinliche politische Forderungen zu stellen, in der Kreditaktion die Führung ergreift,

dann würde es das Hauptverdienst an der Rettung aus der deutschen Krise tragen, und in Deutschland würde diese Handlungsweise nicht vergessen werden. Frankreich bringt kein Opfer und geht kein Risiko ein, wenn es mit dieser Kreditaktion gleichzeitig eine neue Basis deutsch-französischer Wirtschaftszusammenarbeit schafft, die eine tragfähigere Grundlage der Politik darstellt als machtpolitische Instrumente und ein lückenloses Bündnissystem. Auf dieser Basis würde es Deutschland wesentlich erleichtert werden, sich auch

über politische Fragen in eine Unterhaltung einzulassen,

die nur durch die bedauerliche politische Hochspannung eine so unerwünschte Zuspitzung erfahren haben. Der deutsche Besuch in Paris würde unter diesen Umständen die günstigsten Aussichten auf eine Verständigung eröffnen, die den Wünschen beider Länder entgegenkommt, ohne dem einen von ihnen ein inner- wie außenpolitisch gleich untragbares Diktat aufzuerlegen. Der stärkere Partner kann mit größerem Recht von der Freiwilligkeit seiner Zugeständnisse reden, ohne sich der Gefahr auszusetzen, eine Politik nutzloser Vorleistungen zu treiben.

Wieder einmal blickt die Welt nach Paris. Die Frage an Frankreich ist zugleich eine Frage an das europäische Schicksal!

Der Leiter der Verkehrsabteilung bei der sowjetrussischen Handelsvertretung in Warschau, Wolfowicz, hat der Aufforderung, nach Moskau zurückzukehren, nicht Folge geleistet und von der polnischen Regierung das Asylrecht erbeten.

Zuchthaus wegen 16 Mark.

Sind Postaushelfer Beamte? – Opfer veralteter Paragraphen.

Im Mai berichtete der „Vorwärts" von einem Studenten, der als Postaushelfer einige Geldbriefe unterschlagen hatte. Die ganze Beute machte 16 Mark. Schulden hatten den jungen Mann zu der großen Dummheit verführt. Er fand verständige Richter, die ihm als Postaushelfer nicht die Beamteneigenschaft zuerkannten und ihn deshalb statt zu einem Jahr Zuchthaus, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilten. Wir hatten die vernünftige Einstellung der Richter und des Staatsanwaltes lobend erwähnt. Das rief den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht auf den Plan. Er ordnete die Einlegung der Berufung an und so kamen die Verfehlungen des Studenten vor die zweite Instanz. Die fünf Richter der Strafkammer übten keine Nachsicht mit dem Studenten. Sie weigerten sich, einer Auslegung des Gesetzes zu folgen, die es gestattet hätte, vom Zuchthaus abzusehen. Im Gegensatz zur ersten Instanz erklärten sie, daß auch das bloß mechanische Sortieren von Briefen, mit dem der Student als Postaushelfer beschäftigt war, ihn als Beamten im Sinne des Gesetzes kennzeichne und verurteilten ihn zu einem Jahr Zuchthaus — wegen 16 Mark.

Der Verteidiger des unglückseligen Studenten, Rechtsanwalt Glade, hat gegen dieses Urteil beim Reichsgericht Revision eingelegt. In der Begründung sagt er: Der § 359 StGB. spricht ausdrücklich davon, daß es sich um Personen handeln muß, die „angestellt" sind — dann erst sind sie Beamte; sie werden durch eine staatliche Bestallung berufen. Ihre Einstellung ist durch eine einseitige Verfügung erfolgt. Hier aber lag ein Privatdienstvertrag vor. Es war deshalb zu prüfen, ob der Postaushelfer mit öffentlich-rechtlichen Verrichtungen betraut war, die von der Staatsgewalt abzuleiten und den Staatszwecken zu dienen bestimmt sind, ob er etwa den Zustellungsdienst ausübt und somit auch Zustellungsurkunden auszufertigen hat, oder ob er mit rein mechanischer Arbeit, z. B. dem Sortieren der Briefe beschäftigt wurde. Das letztere war aber bei dem Studenten der Fall.

Dies die staatsrechtlichen und juristischen Gründe. Die rein menschlichen Gründe wären aber, daß der § 359 StGB., wie viele andere Paragraphen, die mildernde Umstände nicht kennen, veraltet sind und unbedingt geändert werden müssen. Es ist schließlich doch ein Unterschied, ob jemand als Beamter angestellt ist, oder bloß vorübergehend Aushilfearbeit verrichtet. Der Staatsanwalt, der vor der Strafkammer auf Zuchthaus plaidierte, hat sich übrigens bereit erklärt, selbst eine Milderung des Urteils anzuregen.

Hitler-Burschen als Erpresser.

„Adolf Hitler wird uns schon herausholen!"

Das große Schöffengericht in Köln verurteilte vier junge Leute zu Strafen von 2 Jahren Gefängnis bis zu 6 Jahren Zuchthaus. Die Verurteilten hatten sich verschiedentlich in Köln die schwersten Verfehlungen zuschulden kommen lassen, indem sie ihre Opfer unter Anzeigeandrohung auf Grund des oft in dieser Richtung mißbrauchten § 175 erpreßten. Nach dem Urteilsspruch beschimpften die Bestraften die Richter, nannten sie „Lumpen" und „Verbrecher" und krönten ihren Wutausbruch in dem Ruf: „Adolf Hitler wird uns schon herausholen!"

Herzlich willkommen!

Ankunft französischer Schüler und Schülerinnen in Berlin.

Das war gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein freudiges Willkommen und oft auch ein herzliches Wiedersehen, als siebzig französische Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zum Besuch der drei unter dem Protektorat der Berliner Schulverwaltung stehenden deutsch-französischen Ferienschulen in Hermsdorf a. d. Nordbahn und in Hohenlychen um 18 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintrafen.

Einem Sonderwagen, der dem Expreßzug Paris—Warschau angehängt war, entstiegen zuerst die Schülerinnen, dann die Schüler, alle mit Koffern bepackt, daneben aber noch zum Teil mit Tennisschlägern, Musikinstrumenten und anderem versehen. Als Vertreter Berlins war Stadtschulrat Genosse Nydahl erschienen. Unsere jungen französischen Freunde waren trotz der anstrengenden Eisenbahnfahrt munter und guter Dinge. Die französische Botschaft hatte auch ihrerseits einen ihrer Herren zur Begrüßung entsandt. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße gab es noch einen Generalangriff der Photographen: Zuerst die jungen Mädchen, dann die Sekundaner und Primaner, zum Schluß auf einer Platte vereint die französischen und deutschen Kollegen der Lehrerschaft! In lustigen bequemen Autobussen ging es dann in die Quartiere.

Der Aufenthalt unserer französischen Freunde wird sich hoffentlich zu einem dauernden Eindruck für Franzosen und Deutsche gestalten und vor allen Dingen zu einer Vertiefung des Verständnisses und der Freundschaft zwischen den beiden europäischen Nationen beitragen. Mögen die Kräfte augenblicklich auch noch so gering sein: Alle deutschen Amtsstellen werden sich nach bestem Können zu diesem so wertvollen und schönen Werke beitragen.

Seltsames um Dr. Barckhausen.

Das Auto in der Elbe. – Anscheinend Versicherungsbetrug.

Die weiteren polizeilichen Nachforschungen um den Tod des Generalkonsuls a. D. Dr. Barckhausen bringen immer seltsamere Dinge ans Licht. Es scheint fast, daß ihm seine überaus bedrängte finanzielle Lage zu einem Versicherungsbetrug verleitet hat.

Barckhausen hatte, wie bereits berichtet, sein wertvolles Auto als gestohlen angemeldet. Vor einem Hause in der Georgenstraße sollte es angeblich entführt worden sein. In der Nähe von Havelberg wurde nun der Wagen zufällig aus der Elbe gefischt. Feststellungen in dem Städtchen haben ergeben, daß Dr. Barckhausen selbst im Auto dort war und größere Posten Tuche zum Kauf angeboten hatte. Es ist kaum noch daran zu zweifeln, daß Dr. Barckhausen den Wagen selbst ins Wasser stürzen ließ. Dafür spricht auch der Umstand, daß er bei der Autoversicherung durchaus eine Abschlagszahlung auf den „gestohlenen" Wagen zu erhalten versuchte, jedoch nicht bekam. Außerdem wurde festgestellt, daß Dr. Barckhausen in Kürze Verbindlichkeiten von annähernd 70 000 Mark hätte regulieren müssen.

Tragödie in Berlin N.

Schüsse auf die geschiedene Frau.

Der 34jährige Schlosser Max Nowsch versuchte gestern seine 31 Jahre alte geschiedene Frau in ihrer Wohnung am Zionskirchplatz 4 zu erschießen. Frau N. erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Der Täter brachte sich dann einen tödlichen Schläfenschuß bei.

Seit der Scheidung wohnte Nowsch von seiner Frau getrennt; er war wieder zu seiner Mutter nach der Ackerstr. 173 gezogen. Gestern nachmittag suchte N. seine frühere Frau auf und versuchte eine Aussprache herbeizuführen. Die Frau lehnte aber jede Unterhaltung kurzweg ab. Darüber geriet Nowsch derart in Erregung, daß er eine Pistole zog und auf seine geschiedene Frau zwei Schüsse abfeuerte, von denen einer in die Brust traf. Auf die Schüsse eilte ein Untermieter, der Kaufmann Struck, herbei. Auch auf ihn feuerte Nowsch, ohne jedoch zu treffen. Struck und Frau Nowsch, die nur ungefährliche Verletzungen erlitten hatte, liefen aus der Wohnung und alarmierten die Polizei. Als mehrere Beamte erschienen, fanden sie Nowsch tot auf; er hatte die Waffe gegen sich selbst gerichtet.

Chauffeur vom eigenen Auto totgedrückt.

Auf furchtbare Weise ist gestern der 45jährige Autodroschkenbesitzer Heinrich Kahle aus der Stephanstraße 57 ums Leben gekommen. Kahle mußte an seinem Auto in der Garage Lehrter Straße 27/30 an den Vorderrädern eine Reparatur vornehmen. Zu diesem Zweck hatte er den vorderen Teil des Wagens auf zwei Klötze montiert. Die Hölzer waren jedoch nicht genug gesichert, und als der Droschkenbesitzer gerade unter dem Auto arbeitete, rutschten die Klötze weg. Der Mann wurde von dem niedersausenden Wagen buchstäblich erdrückt. Der Unglückliche konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Flugkatastrophe bei Moskau.

Bombenflugzeug abgestürzt. – Acht Tote.

Moskau (über Kowno), 14. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt: Gestern ereignete sich 43 Kilometer von Moskau entfernt ein schweres Flugzeugunglück. Ein schweres Bombenflugzeug stürzte bei Uebungen über dem Bahnhof Albino ab. Der stellvertretende Chef des Militärflugwesens der Roten Armee, Filow, ein Mitglied des russischen Generalstabes, Kolonowski, der persönliche Mitarbeiter des Kriegskommissars, Arkamijew, zwei Flieger, zwei Mechaniker und ein Beobachter fanden dabei den Tod. Ueber die Ursache des Unglücks wird in dem amtlichen Kommuniqué nichts mitgeteilt.

Lübecker Aerzteprozeß am 12. Oktober.

Die Hauptverhandlung gegen die in der Säuglingsaffäre beschuldigten Lübecker Aerzte wird am 12. Oktober vor dem Großen Schöffengericht in Lübeck beginnen. Wegen fahrlässiger Tötung bzw. Körperverletzung sind angeklagt: Obermedizinalrat Dr. Altstädt, Professor Klotz und Professor Deicke sowie der technische Assistent Schütze. Viele Eltern der ums Leben gekommenen Säuglinge treten als Nebenkläger auf.

Berliner D-Zug schwerer Gefahr entronnen.

Kassel, 14. Juli.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf den 0.28 Uhr in Kassel abgehenden Berliner D-Zug am Eingang zur Brücke bei Kragenhof ein Attentat verübt. Eisenstücke, Schienenschwellen und Balken, die zu Erneuerungsarbeiten der Gleise dienen sollten, waren barrikadenmäßig auf dem Gleis aufgebaut. Ein zufällig über die Brücke kommender Mann sah den Aufbau auf den Schienen, lief sofort dem herannahenden D-Zug entgegen und brachte ihn durch Winken mit seiner Taschenlaterne kurz vor der Barrikade zum Halten. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei sind bisher ergebnislos verlaufen.

Ostap, der diesem Gespräch mit Interesse zugehört hatte, mischte sich ein: „Hör zu Papachen! In Paris herrscht auch eine Epidemie."

„In Paris?"

„Jawohl! Fahr nach Paris, dort wirst du verdienen. Du wirst zwar mit dem Visum einige Schwierigkeiten haben, aber mach dir nichts draus. Wenn dich Briand liebgewinnt, so wirst du nicht schlecht leben. Du bekommst am Ende noch die Stelle eines Leibsargmeisters bei der Pariser Stadtbehörde. Und hier gibt es eigene Sargmeister genug."

Bezentschuk sah wild um sich. Keine Toten lagen auf dem Platz, trotz der Versicherung seines Freundes Prusis. Die Leute standen munter auf ihren Beinen, manche lachten sogar.

Der Zug trug die Konzessionäre, das Kolumbus-Theater und andere Menschen längst schon ins Weite, und Bezentschuk stand immer noch verloren vor seinen Särgen.

Seine Augen brannten mit unauslöschlichem gelben Feuer in die anbrechende Dunkelheit hinein.

Eine wunderbare Nacht auf der Wolga.

Links vorne auf der Personenplattform des Landungsplatzes der Wolgaschiffahrtsgesellschaft, unter den Tafeln mit Aufschriften, wie: „Der Dampfer ist an die Ringe anzubinden" — „Man bittet, das Gitter zu schonen" — „Die Dampfer dürfen bei Landung und Abfahrt die Kaiwände nicht berühren", stand der große Kombinator mit seinem Freund und Mitarbeiter Worobjew.

Die Fahnen wehten im Wind über dem Hafen. Der Rauch, gekräuselt wie Blumenkohl, stieg aus den Rauchfängen der Dampfer empor. Arbeiter zogen mit Eisenhaken große Baumwollballen herbei. Gußeisernes Geschirr, Häute, Drahtbündel, Kisten mit Glas, Mühlsteine, grell gestrichene landwirtschaftliche Maschinen, hölzerne Heugabeln, Obstkörbe in Stoff eingenäht und Heringfässer lagen auf dem Steg.

Der Dampfer „Skrjabin" war noch nicht da, was Worobjew sehr beunruhigte.

„Was haben Sie nur?" fragte Ostap. „Nehmen Sie an, „Skrjabin" wäre schon da. Wie wollen Sie auf den Dampfer kommen? Selbst wenn wir das Geld für die Schiffskarten hätten, wäre es unmöglich, weil dieser Dampfer keine Passagiere aufnimmt."

Ostap hatte im Zug mit dem Mann von der hydraulischen Presse, Metschnikow, gesprochen und von ihm alles erfahren. Der Dampfer „Skrjabin" war vom Volkskommissariat für Finanzwesen gemietet und nahm die Route von Nischni-Nowgorod bis Stalingrad. Bei jedem Dorf, bei jeder Stadt hatte der Dampfer Halt zu machen und eine Ziehung der Losanleihe vorzunehmen. Zu diesem Zweck kam von Moskau eine Ziehungskommission mit, eine Kanzlei, ein Blasorchester, ein Kino-Operateur, Korrespondenten der führenden Zeitungen und das Kolumbus-Theater. Das Theater sollte unterwegs Vorstellungen geben, in denen die Idee der staatlichen Anleihen popularisiert wurde. Bis Stalingrad wurde das Theater von der Ziehungskommission finanziell unterstützt, später beabsichtigte es im Kaukasus und in der Krim einige Gastspiele auf eigenes Risiko zu geben.

Der ganze Apparat, der aus Moskau gekommen war, hatte seine Zelte auf der Plattform aufgeschlagen und stand in Erwartung des Dampfers da.

Die zarten Geschöpfe mit ihren Koffern und Reiseplaids saßen auf Drahtbündeln. Sie behüteten ihre Schreibmaschinen und sahen ängstlich nach den Arbeitern hin. Ein Bürger mit blauschwarzem Bärtchen saß auf einem Prellstein. Auf seinen Knien lag ein ganzer Stoß emaillierter Täfelchen. Auf dem obersten konnten Neugierige die Aufschrift lesen: „Rechenabteilung".

Vor einem versiegelten Panzerschrank patrouillierte ein Wachmann auf und ab. Am Kai stand Persizki, der Reporter der „Werkstatt", und verfolgte durch einen Gucker mit achtfacher Vergrößerung das Treiben auf dem großen Nowgoroder Jahrmarkt. Er stampfte nervös mit den Füßen, erfuhr, daß noch fünf Stunden bis zur Ankunft des „Skrjabin" blieben und ließ sich dann mittels eines Elevators in die Stadt schaffen.

Agafia Tichonowna saß im Schatten der hydraulischen Presse auf einem von Worobjews Stühlen und kokettierte mit dem Balalaikavirtuosen, einem korrekten jungen Mann mit europäischem Benehmen. Der Virtuose fühlte sich in diesem Milieu sehr behaglich. Er saß in graziöser Haltung auf einem von Worobjews Stühlen und ignorierte vollkommen den Umstand, daß Galkin, Malkin, Palkin, Tschalkin und Salkind, alle fünf, sich mit nur zwei Stühlen begnügen mußten.

Die Konzessionäre schlichen wie Schakale um die Stühle herum. Besonders der Balalaikavirtuose reizte Ostap auf.

„Was ist das für ein Zeisig?" flüsterte er Ostap zu. „Jeder Trottel kann sich auf Ihre Stühle setzen. Das sind die Früchte Ihres Scharwenzelns, Ihres banalen Benehmens!"

„Warum geben Sie mir keine Ruhe?" winselte Worobjew. „Ich weiß nicht einmal, was „Scharwenzeln" ist."

„Schade. Scharwenzeln heißt, jungen Mädchen den Hof machen und dabei schlechte Absichten haben. Ihr Leugnen ist überflüssig. Lisa hat mir alles erzählt. Ganz Moskau wälzt sich vor Lachen. Alle kennen Ihre Scharwenzelage."

Und die Kompagnons drehten sich, still miteinander zankend, um die Stühle herum.

Der Balalaikavirtuose lud Agafia Tschonowna zum Mittagessen auf dem Dampfer „Pariser Kommune" ein, der neben dem Landungssteg stand.

Die Orchestermitglieder seufzten auf und begaben sich in eine kleine Taverne „Das Floß". Die Konzessionäre wurden lebhafter.

„Sollen wir es vielleicht riskieren?" sagte Ostap plötzlich und näherte sich unwillkürlich den Stühlen. „Sie nehmen zwei und ich zwei und wir laufen! Ha? Teufel noch einmal, wäre es schon so weit!"

Er sah sich um. Sie hätten die steile Roschdensweństi-Straße, auf der sich die Lastwagen drängten, hinauflaufen müssen. Und es wäre nicht leicht gewesen, sich durch die Arbeitermenge den Weg zu bahnen. Ostap wurde traurig.

„Wir werden doch mitfahren müssen! Aber wie? Schlimmstenfalls könnten wir mit der „Pariser Kommune" bis Tsarizin fahren und dort auf das Theater warten, aber Geld! Geld! Ach, Kissa, Kissa, der Teufel soll Sie holen! Sehen Sie endlich ein, wie niederträchtig Sie sich benommen haben?"

Die Freunde liefen zum Kai, dem sich der Dampfer „Skrjabin" bereits näherte. Er trug auf seinen Borden Holzschilder mit bunten Zeichnungen riesengroßer Obligationen. Der Dampfer brüllte wie ein Mammut oder sonst ein Tier, das in prähistorischer Zeit die Dampfsirene ersetzt hat.

Das Theaterbivak belebte sich. Die Angestellten der Ziehungskommission liefen von den Straßen her zum Dampfer. Der dicke Platon Plaschtuk war in eine Staubwolke gehüllt.

(Fortsetzung folgt.)

Totenschiff in der Ostsee.

Segeljacht ohne Besatzung geborgen.

Hamburg, 14. Juli.

Wie aus Kiel gemeldet wird, berichtete der Kapitän des finnischen Dampfers „Ceres", der sich auf der Reise von Christiansund durch den Nordostseekanal nach London befindet, beim Einlaufen in die Holtenauer Schleuse, daß er am 12. Juli, nachmittags, südlich Ystad (Südspitze Schwedens) ein auf dem Wasser treibendes weißes Boot ohne Besatzung sichtete. Er sehte ein bemanntes Boot aus, das das treibende Fahrzeug, das voll Wasser war, längsseit an den Dampfer brachte. Es war die deutsche Segeljacht „Klabautermann" aus Blankenese, deren Inneres ein Chaos von Inventar aller Art bildete. Die Türen des Fahrzeugs waren eingeschlagen, der Mast fehlte. Leichen wurden im Boot nicht gefunden. Es wird angenommen, daß die Bemannung bei dem letzten schweren Nordweststurm den Tod gefunden hat. Die Jacht wurde im Kieler Hafen durch die Schiffspolizei sichergestellt. In der Jacht wurden zwei Pässe auf die Namen J. F. Wehber (Kaufmann), geboren 1907 in Blankenese, und Ch. Tolken, geboren 1907 in Altona, gefunden.

Wie der Blankeneser Segelklub hierzu mitteilt, hat die Jacht „Klabautermann" am 4. Juli mit vier Mann eine Ostseefahrt angetreten. An Bord befanden sich außer den schon genannten Personen noch der 26 Jahre alte Sohn des Eigentümers Karl Basedow jun. und der gleichaltrige Fritz Stopmann aus Schlesien, der früher in Blankenese ansässig war. Es muß damit gerechnet werden, daß die Besatzung, die schon mehrfach die Ostsee befahren hat, ertrunken ist.

60 Jahre Berliner Ringbahn.

Die erste Bahn von Moabit nach Tempelhof.

Die Berliner Ringbahn kann in diesen Tagen ein kleines Jubiläum feiern: Am 17. Juli 1871, also vor nunmehr 60 Jahren, wurde ihr erster Bauabschnitt von Moabit über Stralau-Rummelsburg nach Tempelhof und Schöneberg zunächst dem Güterverkehr übergeben. Die Strecke war rund 24,5 Kilometer lang und viergleisig. Die Eröffnung für den Personenverkehr folgt ein halbes Jahr später nach Fertigstellung der Bahnhofsanlagen am 1. Januar 1872. Die 15,03 Kilometer lange Schlußstrecke von Tempelhof über Charlottenburg nach Moabit, die also den „Ring" schloß, wurde anschließend ebenfalls in Angriff genommen und konnte am 15. November 1877 gleichzeitig sowohl dem Personen-, wie dem Güterverkehr übergeben werden.

Noch heute nennen viele ältere Berliner die Ringbahn den „Verbinder". Diese eigenartig anmutende Bezeichnung hat ihre historische Berechtigung. Die Ringbahn ist nämlich die Nachfolgerin der sogenannten „Berliner Verbindungsbahn", einer nur dem Güterverkehr dienenden Eisenbahn, die meist unter Benutzung geeigneter Straßenzüge außerhalb oder innerhalb der Stadtmauern vom Bahnhof der „Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn" aus eine Verbindung mit dem Anhalter Bahnhof, Potsdamer Bahnhof, Hamburger Bahnhof und Stettiner Bahnhof vermittelte.

Der Professor für Schlangenkunde.

Ein abgebrühter Heiratsschwindler bestraft.

Heiratsschwindler reisen gewiß auf so manchen Trick. Daß sich aber ein alter Zuchthäusler als indischer Professor für Schlangenforschung und Doktor dreier Fakultäten ausgibt und daß ihm das sogar geglaubt wird, dürfte doch neu sein.

Herr Werner Nehm, 45 Jahre alt, angeblich Kaufmann, war erst im Januar nach einer längeren Freiheitsstrafe aus dem Gefängnis entlassen. Schon im Februar ging er seinem alten Gewerbe nach. Aus dem simplen Herrn Nehm war ein indischer Herr Remora geworden, ein bewährter Reptilienjäger und Fachmann für alle Fragen, die giftige Brillenschlangen oder harmlose Ringelnattern betreffen. Der indische Professor wurde durch Vermittlung eines Heiratsbüros mit einer Krankenschwester bekannt, der er phantastische Dinge nicht nur über seine Erfolge als Schlangennimrod, sondern auch über seine wissenschaftlichen Arbeiten als festangestellter Professor an einer indischen Universität, vor allem aber auch über sein geradezu unermeßliches Vermögen erzählte. Auf seiner Urlaubsreise in Europa sei ihm nun leider das Geld ausgegangen, aber wenn ihm seine „liebe Braut" 250 M. gebe, könne er nach Indien zurückfahren und alles für die Hochzeit vorbereiten. Die Krankenschwester fiel, allzu gutgläubig, auf alles herein und gab ihr bißchen Geld. Herr Nehm-Remora verschwand ihren Augen, fuhr aber nicht nach Indien, sondern blieb in Deutschland.

Gestern sahen sich die beiden vor dem Schöffengericht Neukölln wieder. Der alte Schwindler wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Ende einer Soldatenlaufbahn

11 Monate Gefängnis wegen Fahnenflucht und Diebstahls.

Man wundert sich stets von neuem, wie selbstmörderisch Menschen ihre Existenz und sich selbst zugrunde richten. Sie sind wie innerlich verblendet. Es ist, als rutschten sie gegen ihren Willen immer tiefer hinab; eines Tages sind sie an dem Abgrund angelangt und wissen nicht wie.

Das waren so die Gedanken und Empfindungen, als man sich gestern im Schöffengericht Berlin-Mitte einem Gefreiten gegenüber sah. Was fehlte eigentlich diesem 29jährigen zu einem sorgenfreien Leben. Er war im Jahre 1926 zur Reichswehr gegangen, kam nach einer nur vierteljährigen Ausbildung zur Musikkapelle, zwei Jahre später wurde er Oberschütze, es dauerte noch ein Jahr, und er war Gefreiter. Er hatte sein Monatsgehalt, dazu die Einnahmen von dem privaten Musizieren, in der Ferne winkte ihm die Abfindung oder eine staatliche Anstellung, er stand vor der Hochzeit, ein Kind war unterwegs.

Plötzlich aber war in ihn der Teufel gefahren — was für ein Teufel, erfuhr man vor Gericht nicht. Eine Strafe folgte der andern: Nachexerzieren, drei Tage gelinden Arrestes wegen Schuldenmachen und unbefugter Benutzung des Zivilanzugs eines Kameraden, Verweis, viermal hintereinander strengen Arrest wegen Ungehorsams und Urlaubsüberschreitung, 16 Tage Arrest wegen Nichterscheinens zum Dienst und schließlich 14 Tage wegen Urlaubüberschreitens. Hier setzt die Katastrophe ein. Vielleicht empfand der Gefreite, daß es für ihn kein Halten mehr gab; jedenfalls befand er sich in einer Stimmung, in der jede noch so große Dummheit möglich wird — wenn nicht irgend jemand da ist, der den andern von ihr zurückhält.

Der Hauptmann hatte bereits an die vorgesetzte Behörde eine Eingabe gerichtet, in der er um die fristlose Entlassung des Gefreiten wegen Unwürdigkeit ersuchte. Der Gefreite hatte davon keine Kenntnis. Vielleicht sind ihm aber irgendwelche Anspielungen zu Ohren gekommen. Mag sein, daß er sich da gesagt hat: Jetzt habe ich nichts mehr zu verlieren. Daß man immer noch etwas zu verlieren hat, solange nicht alles verloren ist, daran wird er wohl nicht gedacht haben. Am 3. Juli — er sollte seinen vierzehntägigen Arrest antreten — kam er in die Kantine, und sah, wie der Kantinenverwalter, der gleichzeitig auch das Geld der Kapelle verwaltete, 1137 M. Musikergeld in einen Schrank legte. Als sich der Kamerad für einen Augenblick entfernte, nahm der Gefreite das Geld und fuhr in Zivil nach Köpenick. Er verbrachte hier einige vergnügte Tage, verspielte in Berlin einen Teil des Geldes, bummelte mit einem kleinen Mädchen und kam plötzlich zur Besinnung. Er setzte sich mit seiner Braut in Verbindung und erhielt den Rat, sich zu stellen. Er tat es nicht, verjubelte den Rest des Geldes und erschien schließlich mit 25 M. in der Tasche in der Wache seiner Regimentskaserne. In einer Woche hatte er 1700 M. verjuxt.

In Zuhörerraum weinten Braut und Schwiegermutter. Der Staatsanwalt beantragte elf Monate Gefängnis. Der Gefreite bat, ihn aus der Haft zu entlassen, damit er heiraten könne. Der Vorsitzende meinte, er könne das auch vom Gefängnis aus tun, er möge es sich aber überlegen, ob er unter diesen Umständen überhaupt das Recht habe, das Schicksal einer Frau an das seine zu ketten. Das Gericht verurteilte den Gefreiten zu elf Monaten Gefängnis.

Die Sorgen möchten wir haben . . .

Der „Kampf" des Herrn Ludwig Freiherrn von Egloffstein-Oertel.

Es liegt eine gewisse Tragik in dem Schicksal dieses Ludwig Freiherrn von Egloffstein-Oertel. Er führt seinen Kampf um das Adelsprädikat, der heute nichts mehr wert ist und für ihn im Leben bloß ein Hindernis sein kann, mit einer unübertreffbaren Hartnäckigkeit.

Man entsinnt sich dieses Ludwig Freiherrn von Egloffstein-Oertel von seinen früheren Prozessen her. Hinterher hatte er sich eine würdige Existenz gegründet; er hätte alle Ursache, von sich nicht mehr reden zu machen. Der „Freiherr von Egloffstein" hat es ihm aber angetan. So stand er gestern vor Gericht wegen intellektueller Urkundenfälschung und Führung eines falschen Namens. Er ist fest überzeugt, das Recht auf den „Freiherrn" zu haben und ließ sich auch gestern nicht von seiner Ueberzeugung abbringen. Was tuts zur Sache, daß ihm schwarz auf weiß nachgewiesen wurde, sein Vater habe wegen seiner Verheiratung mit einer Bürgerlichen auf sein Adelsprädikat verzichtet und der König von Bayern ihm die Führung des Namens Oertel gestattet. „Mein Vater," sagte der Angeklagte, „hat aber auf dem Sterbebette mir das Vermächtnis gegeben, für den Adelstitel zu kämpfen. Der Verzicht, durch die Notlage meines Vaters erzwungen, war unsittlich. Und dann: der König hat im November 1918 vor seiner Abdankung mir die Führung des Adelsprädikats „Freiherr von Egloffstein" wieder gestattet. Die Akten darüber sind zwar verschwunden. „Der König von Bayern," meinte der Vorsitzende darauf, „wird wohl damals andere Sorgen gehabt haben." Und das Gericht verurteilte Ludwig Freiherrn von Egloffstein-Oertel zu 150 M. Geldstrafe. „In ihrem Privatleben," sagte der Vorsitzende, „können Sie sich nennen, wie Sie wollen, legen Sie sich meinetwegen einen Königstitel zu; den Behörden gegenüber dürfen Sie aber das Adelsprädikat nicht führen!"

Die Sorgen, die der Herr Freiherr hat!

Hallenbäder sparen.

Einschränkung bei den Warmbadeanstalten.

Der „Vorwärts" hatte bereits vor einiger Zeit gemeldet, daß die angespannte Finanzlage Berlin zwingt, auch bei den Warmbadeanstalten Sparmaßnahmen durchzuführen. Eine besondere Fachkommission, die mit dieser Aufgabe betraut wurde, hat jetzt verschiedene Beschlüsse gefaßt, die der stärkeren Benutzung der Freibäder während der Sommermonate Rechnung tragen, um die erheblichen Unkosten, die durch die Warmbadeanstalten entstehen, zu einem wesentlichen Teil verringern zu können. So werden Warmbadeanstalten bis einschließlich 30. September nur an 12 Stunden täglich offen gehalten werden. Die Festsetzung der Betriebszeiten wird durch die Bezirksämter unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erfolgen. Soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, sollen in den Bezirken mit Freibädern die Schwimmhallen während des Monats Juli geschlossen werden. Der Sonntagsbetrieb wird bis einschließlich 15. September eingestellt, ebenso der Vereinsbetrieb (mit Ausnahme des Stadtbades Mitte). Diese Regelung trifft auch für die Feste der Schwimmvereine zu, die ja ohnehin während der Sommermonate ihre Uebungen und Feste meist in den offenen Bädern durchführen. Die Benutzungsdauer für die verschiedenen Bäderarten wird für Schwimmbäder auf 45 Minuten, für Wannenbäder auf 30 Minuten und für Brausebäder auf 20 Minuten festgesetzt.

Nashorn auf dem Eichenblätterpfad.

Die Berliner Zoobesucher betrachten das Doppelnashorn immer mit ganz besonders freundlichen Gefühlen. Es ist ein sehr wertvolles Tier und kam als Ausbeute einer eigenen Fangexpedition vor drei Jahren nach hier, wog damals zwei Zentner, heute wiegt es 17½ Zentner und kann bis 40 Zentner schwer werden. Dem Geist der Zeit entsprechend, wurde auch dieses gewichtige Tier freigestellt. Das war für das Nashorn selbst ein höchst bedenklicher und für die Zuschauer ein sehr interessanter Augenblick. Ihm war der Weg mit Eichenblättern bestreut, die es gern frißt. Das Nashorn stellte sich in die geöffnete Tür, fraß ein paar Eichenblätter, sicherte und ging dann vorsichtig wieder in das Halbdunkel des Stalles zurück. Der Wärter kraute, streichelte es und redete ihm gut zu. Dann ging es wieder ein paar Schritte vorwärts, um gleich darauf wieder im Stall zu verschwinden. Der Wärter konnte mit den köstlichsten Leckerbissen winken, es nützte nichts; denn ein Rhinozeros bleibt ein Rhinozeros, es hatte fürchtbare Angst vor der Freiheit. Dabei muß der Wärter bei der Behandlung eines solchen Tieres außerordentlich vorsichtig sein. Erschrickt es oder faßt es irgendeine Bewegung falsch auf, rennt es ihn blindlings um und ein Hornstoß kann einem Menschen den Tod bringen.

Ferner kamen französische Kampfstiere aus dem Rhonedelta in den Zoo. Es handelt sich um ein kleines, außerordentlich wendiges und ganz auf Verteidigung gezogenes und erzogenes Rind. Diese Tiere werden in ihrer Heimat zum Nationalsport benutzt. Den Rindern werden nämlich Kokarden an die Hörner gebunden und der Mann, der übrigens unbewaffnet ist, der eine solche Kokarde abreißt, gilt als Held. Von den nach Berlin gelangten Rindern hat bisher eine Kuh gekämpft. Sie zerschmetterte einem Mann einen Arm.

Heute Plädoyers in Lüneburg.

Schluß der Beweisaufnahme im Scheuenprozeß.

Lüneburg, 14. Juli.

Im Scheuener Fürsorgeprozeß wurde heute die Beweisaufnahme geschlossen. Morgen, Mittwoch, 8,15 Uhr, beginnen die Plädoyers.

Oberarzt Dr. Bräuner, Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg, äußerte sich als Sachverständiger über psychiatrische Fragen. Bei sämtlichen Angeklagten seien keine Fälle schwerer Geisteskrankheit festgestellt. Dr. Bräuner wird dann über seinen Eindruck von Straube befragt. Der Sachverständige schließt sich den Ausführungen des Prof. Bondy an, wonach Straube nicht als Sadist anzusehen sei. **Straubes Maßnahmen seien der Ausfluß seines Unbeherrschtseins gewesen.** Straubes Verteidigung hat noch einige Zeugen bestellt. Der Erzieher Plaß, jetzt Leiter des Jugendlandheims Scheuen, teilt mit, daß auch im Erziehungsheim Struvesshof Saalplatten vorkamen, die jedoch nicht geduldet wurden.

Nach einer kurzen Pause werden alle übrigen noch gestellten Beweisanträge abgelehnt.

Vater mit vier Kindern verbrannt.

Furchtbare Tragödie eines Landwirtes.

Bremen, 14. Juli.

In dem kleinen Dorf Ohlenstedt im Kreise Osterholz kam in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück des Landwirtes Seedorf ein Brand aus, der sich mit überraschender Schnelligkeit über das ganze Besitztum ausdehnte und dem der Besitzer und seine vier Kinder zum Opfer fielen.

Wie sich herausgestellt hat, hat der Landwirt gegen Mitternacht das Feuer selbst angelegt, nachdem er seine vier Kinder im Alter von 1½ bis 8 Jahren auf der Diele des Hauses versammelt und auch seine Pferde dort festgemacht hatte.

Mit sechs Kindern obdachlos.

Heute werden die Verzweifelten exmittiert.

Im Hause Koppenstraße 48 bewohnte der stellungslose Metallarbeiter W. mit Frau und sechs kleinen Kindern — das älteste zählt elf Jahre — seit vielen Jahren eine kleine Wohnung von Stube und Küche. Das allgemeine Elend hatte auch ihn nicht verschont, er wurde stellungslos, die Unterstützung reichte bei der großen Familie nicht hin und her und da eine mehrmonatige Mietschuld entstand, setzte ihn jetzt der Hauswirt vor die Türe. Und nun beginnt der fürchterliche Leidensgang der Verzweifelten, die neben allem Elend und aller Not nicht einmal mehr ein Dach über dem Kopfe haben. Gewiß, das Wohnungsamt weist ihnen eine ganze Reihe von Wohnungen nach und manche davon wäre für sie das Richtige gewesen, bloß sie waren nicht das Richtige für den Herrn Hauswirt. „Haben Sie Kinder?" hieß es jedesmal im gestrengen Ton, und wenn der Mann die Frage bejahte und dann auch noch die Zahl der Kinder nannte, da lachte man ihm bloß ins Gesicht und wies ihm die Türe. Nach tagelangem Rennen machte die Frau einen Lagerkeller ausfindig und war glückselig, als sie mit der Besitzerin handelseinig wurde; zum Schluß aber meinte diese: „Sie wollen aber doch nicht etwa hier ooch schlafen, det jeht auf keen Fall." Und wieder war es Essig. Nun bleibt nur mehr der letzte Weg: das Asyl. Und davor zittern die armen Menschen, weil man sie da ganz voneinander reißt, ihnen die Kinder, die krank und schwächlich sind, fortnimmt. „Ach, wir Großen können ja in den Anlagen schlafen," meint die Frau, „wenn ich nur wüßte, wohin mit meinen armen Kindern? Zwei von ihnen sind schwer nierenkrank und alle zusammen sind schrecklich elend. Niemand aber gibt den Leuten Unterschlupf. Die paar Habseligkeiten stehen aufeinandergetürmt, wehmütig sieht die Frau ihre wenigen Möbelstücke an, die sie sich groschenweise abgehungert hat. Wenn sie erst die Fuhrleute wegfahren, dann sieht sie sie kaum mehr wieder. „Eine alte Remise, einen Stall, oder sonstwas, wo ich meine Kinder verstauen kann", jammert die Aermste . . .

KAUFEN SIE JETZT – ES IST IHR VORTEIL
HOCHWERTIG IN QUALITÄT – NIEDRIG IM PREIS –
DRIHA MÖBEL

EINRICHTUNG A
Schlafzimmer Eiche Mod. Ausstattung 495.–
Küche lasiert oder farbig 125.–
RM 620.–

EINRICHTUNG B
Schlafz. Goldbirke Sehr apart. Modell 650.–
Küche lasiert oder farbig 125.–
RM 775.–

EINRICHTUNG C
Schlafz. Birke, 2,00 780.–
Speisez. Kaukasisch Nußbaum 750.–
Küche farb. od. las. 150.–
RM 1680.–

EINRICHTUNG D
Schlafz. Hochgl. pol. 2,20 1150.–
Speisez. Kauk. Nußb. 1090.–
Herr. p. Wohnz. n. Polst. Mb. 690.–
Küche farb. od. lasiert 180.–
RM 3110.–

AUF WUNSCH TEILZAHLUNG. 24 MONATSRATEN. ERSTE RATE SEPTEMBER.
ZENTR.: ELSÄSSER STR. 37 AM ORANIENBURGER TOR
REICHILLUSTR. PROSPEKT E KOSTENLOS!

Wirtschaftsprüfung dringlichstes Gebot!

Gegen Interessenten- und Dunkelkammerpolitik.

Der Skandal um Nordwolle wird von der bürgerlichen Presse als Einzelfall, als Ausnahmefall, als nicht typisch dargestellt. Man ist bemüht, die persönliche Schuld der Familie Lahusen in den Vordergrund zu rücken, um damit die übrigen und volkswirtschaftlich wirklich Schuldigen in den Hintergrund treten zu lassen. Schuld ist hier in Bremen — wie vor zwei Jahren bei der Favag — nicht nur die Verwaltung, sondern ebensosehr der Aufsichtsrat. Schuld sind auch die Banken, die in so unverantwortlicher Weise Kredite gewährten und ohne Kontrolle dem Auslande gegenüber gutsagten. Wo aber so viel Schuld zusammenkommt, da liegt ein Mangel im System.

Es ist ein Mangel im System und nie zu begreifen,

wie die Banken so weit mit der Kredithergabe und Empfehlungen an das Ausland gehen konnten, ohne selbst bei der Höhe der Kredite den Status des Unternehmens durch unabhängige Treuhänder prüfen zu lassen. Man erzählt, daß der Respekt vor dem Patriziertum der Familie Lahusen solche Prüfungen verbot. Um bremische „Patrizier" nicht zu verstimmen, setzte man das Vertrauen der Welt aufs Spiel! Vorkehrungen und Sicherungen sind nötig, um Wiederholungen zu vermeiden und neue Erschütterungen des ausländischen Vertrauens zu verhindern. Es muß sofort gehandelt werden. Dazu gehört in erster Linie eine

wesentliche Verschärfung der Beaufsichtigung und Nachprüfung des Rechnungswesens der Aktiengesellschaften.

Der Entwurf für das neue Aktienrecht fordert bereits, daß der Jahresabschluß der Gesellschaften unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Geschäftsberichts geprüft werden muß. Aber der Entwurf glaubt, daß es zur Zeit noch an einer genügenden Anzahl fachmäßig vorgebildeter Wirtschaftsprüfer fehlt und will deshalb die Vorschriften erst allmählich in Kraft setzen. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse haben mit kaum zu überbietender Deutlichkeit gezeigt, wie notwendig es ist, hier sofort auf der ganzen Linie einzugreifen.

Der Anfang zur materiellen Pflichtprüfung ist mit dem Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 6. Juni 1931 gemacht worden. Danach ist der Rechnungsabschluß eines Versicherungsunternehmens durch besonders dazu bestellte Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Zugleich wurde mit demselben Gesetz die Geschäftsführung der Bausparkassen einer solchen Prüfung unterworfen.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bestimmt ferner, daß Gemeinden und Gemeindeverbände eine Erleichterung der Wohlfahrtslasten durch das Reich nur unter bestimmten Bedingungen erwarten können, dazu gehört auch „die regelmäßige Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete und unabhängige Stelle".

Den Kapitalverwaltungsgesellschaften gewährt die Notverordnung Steuererleichterungen dann, „wenn die Gesellschaft sich verpflichtet hat, sich alljährlich einer Geschäftsprüfung durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft A.-G. zu Berlin zu unterziehen".

Diese Vorschriften sind schleunigst auf alle Aktiengesellschaften auszudehnen, wobei Verschärfungen erwogen werden müssen.

Aber Vorschriften allein besagen nichts; entscheidend ist die Durchführung: nach welchen Gesichtspunkten, von welchen Personen erfolgt die Revision, was heißt materielle Revision, wie weit gehen die Rechte der Wirtschaftsprüfer? Die Bedeutung dieser Revision muß darin bestehen, daß mit ihr letztlich auch eine Entscheidung über die Zweckmäßigkeit der Geschäftsgebarung fällt.

Die bisher zum Ausbau dieses Prüfungswesens beschrittenen Wege

können nicht jenes Vertrauen der Oeffentlichkeit finden, wie es zur erfolgreichen Arbeit nötig ist. Als Ende 1930 die Einführung der Pflichtprüfung in nahe Sicht rückte, schlossen sich die Vereinigungen im Revisionswesen zum „Institut für das Revisions- und Treuhandwesen" zusammen, das in enger Verbindung mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag und mit Unterstützung des preußischen Handelsministeriums Grundsätze für die Zulassung zur öffentlichen Bestellung eines Wirtschaftsprüfers und über die Organisation von Zulassungs- und Prüfungsstellen ausarbeitete. In der richtigen Erkenntnis, daß die Funktion der Wirtschaftsprüfer nicht an die Ländergrenzen gebunden werden kann, versuchte man unter Führung Preußens eine Vereinbarung aller Länder zustande zu bringen, um eine einheitliche Regelung für das ganze Reich zu erzielen.

Die Vorarbeiten schienen so weit abgeschlossen, daß am 30. Juni 1931 die Gründungssitzung der Hauptstelle für die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer stattfand. Auf Grund der Vereinbarung der Landesregierungen werden bei einigen Industrie- und Handelskammern Zulassungs- und Prüfungsstellen errichtet, die die Auswahl und Prüfung der Bewerber vorzunehmen haben. Die Richtlinien für die Prüfung und Zulassung stellt die Hauptstelle beim Deutschen Industrie- und Handelstag, der Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern, auf.

Die Hauptstelle beim Industrie- und Handelstag wird fast völlig beherrscht von Interessenten!

Neben den Delegierten der Länder sind in der Ueberzahl die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen der Unternehmer und die Vertreter des „Berufs". Diese aber werden von dem Institut für Revisions- und Treuhandwesen benannt, das eine Gründung der Treuhandgesellschaften, also von Interessenten ist, die hier in der amtlichen Zulassungsstelle zu Richtern in eigener Person werden! Die Prüfungs- und Zulassungsbestimmungen, wie sie jetzt vorgesehen sind, lassen den Einfluß der Interessenten deutlich erkennen. Ihre Handhabung kann durchaus dazu führen, einzelnen Gesellschaften ein Monopol zu geben, das um so bedenklicher erscheint, als einige von ihnen als Tochtergesellschaften von Großbanken angesprochen werden müssen. Anderenfalls sind deutlich Bestrebungen erkennbar, das Amt der Wirtschaftsprüfer nur Akademikern vorzubehalten, was kein Vorteil ist!

Die Wirtschaftsprüfung hat eine sehr große Bedeutung, sowohl für die Privatwirtschaft als für die öffentlichen Haushalte. Die freien Gewerkschaften haben deshalb von vornherein dagegen protestiert, daß hier der Industrie- und Handelstag, eine Unternehmerorganisation, von Staats wegen mit einer amtlichen Aufgabe betraut wird. Die Gewerkschaften vertreten mit gutem Recht die Auffassung, daß nach Artikel 165 der Reichsverfassung weder die Industrie- und Handelskammern noch ihre Spitzenorganisationen mit neuen Aufgaben von Staats wegen betraut werden können, ohne daß die Gewerkschaften hinzugezogen werden. Die Gewerkschaften konnten dabei ihren Rechtsstandpunkt vor allem auch darauf stützen, daß sie bereits seit Jahren eine klare und gründliche Gestaltung der Finanzen und eine schärfere Kontrolle der Unternehmungen gefordert haben, sie haben durch ihre immer wiederholte Forderung nach einer Durchleuchtung der Wirtschaft vielleicht überhaupt den Anlaß dazu gegeben, daß der Gedanke einer Pflichtprüfung in der Oeffentlichkeit so weitgehend Fuß gefaßt hat.

Die Gewerkschaften fordern daher eine Beteiligung an der amtlichen Hauptstelle, die künftig für das Prüfungs- und Zulassungswesen entscheidend verantwortlich sein wird.

Die aktive Interessenahme der Gewerkschaften ist umso mehr gegeben, nachdem auch die Gemeindefinanzen wenigstens zum Teil dieser Prüfung unterworfen werden sollen.

Bei der dringlichen Notwendigkeit und Größe der Aufgabe sollte das Reich die Neuregelung des Revisions- und Treuhandwesens im Zusammenhang mit der Aktienrechtsreform sofort selbst in die Hand nehmen. Aber auch für den Reichswirtschaftsrat liegt hier eine Aufgabe vor, an der er nicht vorübergehen kann: wenn irgendwo, wäre hier sein Sachverständigenurteil erforderlich gewesen, anstatt der Dunkelkammer des Instituts die Regelung zu überlassen, das in seiner Zusammensetzung keine Gewähr für eine objektive Würdigung aller Gesichtspunkte bietet.

Eine Institution wie die Wirtschaftsprüfung der Aktiengesellschaften und Gemeindefinanzen kann nur erfolgreich arbeiten, wenn sie vom Vertrauen der gesamten Bevölkerung getragen wird. Die Art, wie das Institut vorgegangen ist, die Prüfungsbestimmungen und die Zusammensetzung der Zulassungsstellen, und schließlich die bewußte Ausschaltung der Gewerkschaften, sind nur geeignet Mißtrauen zu erwecken. Die Versäumnisse bei der Nordwolle mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf die gesamte Kreditwirtschaft zwingen aber zum schnellen und entscheidenden Handeln: Reform des Aktienrechtes, die nur Erfolg verspricht, wenn durch die „Wirtschaftsprüfung" zugleich die Kontrolle der Verantwortlichen sichergestellt wird.

Ufa auf dem Vormarsch.

Strebt sie nach dem Tonfilm-Monopol?

Eine Tagung, zu der die maßgebenden Mitarbeiter der Ufa im In- und Auslande zusammenkamen, wurde von Generaldirektor Klitzsch mit einer Rede eingeleitet, die in vielfacher Hinsicht von Interesse ist.

Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Ufa, die im Jahre 1927 saniert werden mußte (55 Mill. Mark Abschreibungen!), in diesem Jahr zum ersten Male wieder Dividende zahlen wird, da sich die flüssigen Mittel von 4 auf 9 Mill. Mark erhöht hätten. Die mit einem Kostenaufwand von 6 Mill. Mark erfolgte Umstellung auf Tonfilmproduktion scheint sich also gelohnt zu haben. Der Umsatz im Verleihgeschäft ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um nicht weniger als 60 Proz. auf fast 20 Mill. Mark gestiegen. Er soll damit ein Drittel des ganzen deutschen Verleihumsatzes erreicht haben. Die Kopieranstalt hat ihre Leistung um 50 Proz., von 20 auf 30 Mill. Meter gesteigert. Im Export sind die früheren Höchstexportumsätze übertroffen worden.

Die Expansion des Theatergeschäfts wurde fortgesetzt. Im abgelaufenen Jahre sind 11 Theater mit 13 900 Sitzplätzen übernommen und 10 Theater mit 8500 Sitzplätzen verkauft worden. Die Durchschnittssitzzahl der Theater ist von 800 auf 1000 gestiegen. Im Jahre 1931/32 werden weitere 16 Theater, darunter mehrere Neubauten, der Ufa angegliedert werden. Im Ausland sind im abgelaufenen Jahre von der Ufa zwei Kinos in Budapest und ein Uraufführungstheater in New York eröffnet worden.

Den Bedarf Deutschlands an Filmen schätzte Klitzsch auf 160 bis 180 Filme je Saison. Davon könnte die Ufa selbst nur 25 bis 30 herstellen, da sonst die Qualität leiden würde (!). Deshalb stelle die Ufa „die Einrichtungen und geschulten Personale ihrer Ateliers jeder ernsthaften deutschen Produktionsfirma zur Verfügung". Die Kredithilfe für die ernsthaften (!) Firmen der Filmindustrie, die jetzt bereits in die Millionen gehen, soll erweitert werden. Monopolartige Bestrebungen würden nicht verfolgt, da sie nicht zu verwirklichen seien und „infolgedessen" von der Ufa nie erwogen worden seien. „Der Film verträgt eben keine Politik."

Mit dem letzten Satz wird Herrn Klitzschs Arbeitgeber, Herr Hugenberg, wohl kaum einverstanden sein; und viele Kinobesucher werden sich vergeblich fragen, warum die Ufa so häufig gegen diese programmatische Erkenntnis handelt. Und das Ableugnen der Monopolbestrebungen klingt wenig glaubwürdig, wenn man sich dabei lediglich auf die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung beruft. **Was bedeutet denn die Ausdehnung der Kredithilfe an die Produktionsfirmen anderes, als daß man sie sich gefügig machen will! Wie soll ein „ernsthaftes" Unternehmen seine ernsthaften Filmpläne ohne Rücksicht auf die Ufa verwirklichen, wenn die Ufa die Ateliers dafür bereitstellen muß, wenn die Ufa das Produktionskapital vorschießt, wenn die Ufa als Hauptabnehmer allein durch die Filmvorführung das investierte Kapital herauswirtschaften kann!**

Günstiger Bericht der IG.-Farben.

Lebhafte Nachfrage nach Kunstseide.

Die chemische Industrie hat sich bisher als sehr widerstandsfähig gegen die Krise erwiesen. Auch der Bericht der IG.-Farbenindustrie A.-G. für das zweite Vierteljahr 1931 ist in einem in heutigen Zeiten seltenen optimistischen Ton abgefaßt.

Der Absatz in Farbstoffen und Färbereihilfsstoffen war gut behauptet. Der Absatz nach Uebersee konnte sogar erhöht werden, so daß Ausfälle auf anderen Märkten ausgeglichen wurden. Auch der Chemikalien-Absatz hat sich nicht verschlechtert. Das Geschäft in Düngemitteln und Stickstoff zeigte im Berichts-Vierteljahr eine Belebung; der Umsatz im ganzen Jahr wird aber geringer als im Vorjahr bleiben. Im Absatz von photographischen Artikeln war die saisonmäßige Belebung zu verzeichnen. Als günstig wird das Geschäft in Arzneimitteln bezeichnet. Der Absatzrückgang auf den Ueberseemärkten infolge Valutaschwierigkeiten (Südamerika, Ostasien) konnte auf anderen Märkten „voll" ausgeglichen werden.

Lebhafte Nachfrage zeigte sich in Kunstseide. Leider wird

dafür keine Begründung gegeben. Doch wird auf die Bildung des Internationalen Kunstseiden-Kartells hingewiesen; also dürfte es sich bei der gesteigerten Nachfrage um Voreindeckungen des Einzelhandels handeln. Die zum IG.-Farben-Konzern gehörigen Sprengstoff-Unternehmen sind im Berichtsvierteljahr in der Dynamit A.-G. vorm. Alfred Nobel u. Co., Hamburg-Köln, zusammengefaßt worden.

Die finanzielle Lage des IG.-Farben-Konzerns ist nach wie vor glänzend. Bankschulden sind nicht vorhanden.

Nachspiel zum Industriebau-Skandal.

Waren die Bilanzen gefälscht?

Die Verwaltung der A.-G. für Verkehrswesen machte auf der Generalversammlung die Mitteilung, daß sie ihren Prozeß gegen die Schlesische Portland Zementindustrie A.-G. und deren Direktor von Bentivegin (Schultheiß-Ostwerke-Konzern) in erster Instanz gewonnen habe. Diese sind vom Landgericht I zur Herausgabe von 2,97 Millionen Mark Verkehrswesen-Aktien und zur Zahlung von 0,3 Millionen Mark in bar verurteilt worden.

Damit ist die erste Entscheidung in der Frage nach den mehr als merkwürdigen Umständen bei dem Zusammenbruch der Industriebau Held u. Francke A.-G. gefällt worden. Die Begründung durch das Gericht bleibt abzuwarten. Bekanntlich wurden bei dem Zusammenbruch von Industriebau von dem damaligen Mehrheitsaktionär A.-G. für Verkehrswesen (Dr. Lübbert) gegen den Vorbesitzer der Aktienmehrheit Schlesische Portland-Zement (von Bentivegin, Ludwig Katzenellenbogen) die schwersten Vorwürfe erhoben. Die Bilanzen von Industriebau der letzten Jahre waren falsch; Dividenden wurden ausgezahlt, als tatsächlich schon hohe Verluste entstanden waren. Der Vorwurf von Dr. Lübbert ging dahin, daß die Vertreter des Ostwerke-Konzerns im Aufsichtsrat gewußt hätten, daß die Bilanzen falsch waren — damit wurde die Klage auf Aufhebung des Kaufvertrags über die Industriebau-Aktien begründet.

Wenn das Gericht dieser Begründung gefolgt ist — und nach dem Urteil kann man nichts anderes annehmen —, dann müssen die Aufsichtsratsmitglieder Katzenellenbogen und von Bentivegin von der Unrichtigkeit der Bilanz gewußt haben. Damit würde der Skandal um den Zusammenbruch der Industriebau A.-G. immer ärger. Dann hätte wohl der Staatsanwalt in der Angelegenheit noch ein wichtiges Wort mitzureden!

Mehr ausländische Maschinenaufträge.

Nach den Mitteilungen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten war im Juni eine Belebung der Anfragetätigkeit sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland festzustellen. Der Auftragseingang aus dem Inland blieb unbefriedigend. Dagegen zeigten die Auslandsbestellungen gegenüber dem Vormonat auf einige große Abschlüsse hin eine, wenn auch nur geringe Belebung. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag etwas unter 42 Stunden. Der Beschäftigungsgrad betrug 43 Proz. der Sollbeschäftigung.

Für das erste Halbjahr 1931 wird mitgeteilt, daß die Inlandsaufträge um 39 Proz. unter dem Stand des ersten Halbjahres 1930 und um 16 Proz. unter dem Stand des zweiten Halbjahres 1930 lagen. Die Auslandsaufträge blieben um 26 bzw. 12 Proz. hinter den beiden Halbjahren 1930 zurück. Der Beschäftigungsgrad ist nach einer vorübergehenden Frühjahrsbelebung wieder zurückgegangen und betrug im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1931 nur noch 43,5 Proz. der Sollbeschäftigung gegen 55 Proz. im Durchschnitt 1930. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug im verflossenen Halbjahr rund 42 Stunden gegenüber annähernd 45 Stunden im Durchschnitt 1930.

Karstadt wird vorsichtig. Grünplatz statt Warenhaus. Nach den starken Verlusten aus der allzu raschen Expansion muß der Karstadt-Konzern seine Ziele erheblich zurückstecken. Jetzt ist der Plan, in Hamburg gegenüber dem Verwaltungsgebäude im niedergerissenen Barackenviertel ein neues Warenhaus zu errichten, aufgegeben worden. Da Karstadt von dem Kaufvertrag über das fragliche Grundstück zurückgetreten ist, muß der Konzern an den Hamburgischen Staat eine (inzwischen ermäßigte) Entschädigungssumme zahlen. Das Baugelände soll in einen Grünplatz verwandelt werden.

Rückgang des Eisenbahnverkehrs in England. Der von dem Transportminister veröffentlichte Bericht über das Jahr 1930 zeigt einen starken Rückgang des Verkehrs auf sämtlichen Linien der englischen Eisenbahnen. Die Bruttoeinnahmen betrugen 184 836 382 Pfund Sterling gegenüber 195 409 523 Pfund Sterling im Jahre 1929, und der Gütertransport ist von 329 578 743 Tonnen im Jahre 1929 auf 304 361 107 Tonnen zurückgegangen. Die Kohlentransporte betrugen 193 288 726 Tonnen, was um 13 841 383 (über 15 Proz.) weniger ist als im Jahre vorher.

Ein französisches Kohlenkartell. Die französischen Kohlenzechen haben eine mengenmäßige und gebietliche Absatzregelung für ein Jahr beschlossen. Grundlage ist die Produktion der letzten beiden Jahre. Die französische Regierung hat eine sofortige Einschränkung der Kohleneinfuhr um 20 Proz. angekündigt.

Das Reichs-Firmen-Fernsprechbuch mit Reichs-Branchen-Verzeichnis erscheint regelmäßig jährlich und enthält auf mehr als 5400 Seiten Großquart über 1,5 Millionen Eintragungen aller im Handelsregister aufgeführten und wirtschaftlich wichtigen Firmen mit voller Adresse und Rufnummer. Der Branchenteil umfaßt zirka 18000 Stichworte und ist für den Auslandsgebrauch in die sieben Welthandelssprachen übersetzt. Zwei Bände komplett Mk. 60—. Zu beziehen durch den

Verlag Reichs-Branchen-Verzeichnis G.m.b.H., Berlin SW68

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8½ Uhr
Dienst am Kunden
von Carl Rois und Max Bauer
Regie: Hans Deppe

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 448/49
8¼ Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Am 13. Juli, nachmittags ½6 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet in Bad Kissingen, wo er sich zur Kur aufhielt, unser lieber, langjähriger Faktor

Heinrich Königs

im 72. Lebensjahre.

Mit ihm verlieren wir einen eifrigen, treuen Mitarbeiter der Firma. Ueber 35 Jahre war er unermüdlich für unseren Betrieb tätig. Sein Andenken wird uns stets unvergeßlich bleiben. Die Ueberführung nach Berlin hat bereits stattgefunden. Der Tag der Beisetzung wird noch bekanntgegeben.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

C. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag
Die Geschäftsleitung

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Am Sonnabend, dem 11. Juli, entschlief nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, guter Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Onkel und Schwager

August Villain

im 60. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Marie Villain,
geb. Dameraw und Kinder.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 15. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37—38, statt.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.
Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. / Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. / Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4½ Uhr nachm. im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe

Teppichhaus Emil Lefèvre, Berlin, seit 40 Jahren nur Oranienstraße 158. Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Spezialkatalog kostenfrei.

Tapeten Seifert, Kolonnestraße 9.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima“, Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Reinhaben

Wo? kaufen Sie polierte Schlafzimmer, Birke, Mahagoni, Ahorn, Birnbaum, Nußbaum, schon von 650,— Mark an? Nur im größten Möbelhaus des Südostens, Moritz Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor; Andreasstraße 30, gegenüber Leiser.

Herrenzimmer 290,—, Klubtische 16,50, Riesenauswahl, Teilzahlung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Musikinstrumente

Einfpianos, Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Pianolager, Bechsteinpianos, Blüthnerpianos, Ibachpianos, Schwechtenpianos, Bielepianos, Duysenpianos, Salonpianos 175,—, 275,— an, Markenflügel 400,— an, gebrauchte. Ebenbroth, Potsdamerstraße 74.

Nähmaschinen

Sitzauer Nähmaschinen für Haushalt und alle Gewerbe. Preisabbau. Rundschiffchen 160,—, Versenkbare 180,— und 210,—, Schrank, hochelegant, 260,—. Bei Teilzahlung günstigste Bedingungen. Auch gebrauchte Maschinen außerordentlich preiswert. Friedenstraße 14; Höchstestraße 39; Landsbergerstraße 28; Große Frankfurterstraße 30; Warschauerstraße 21; Moltkestraße 16. Weitere Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Anzahlungsfrei Nähmaschinen, sofort Lieferung. Postkarte erbeten. Woche 2,— M. Flanier's Nähmaschinengeschäft, Richthofenstraße 24. Königstadt 7792.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder, 15,—, 20,—, 25,—, 30,—. Machnow Weinmeisterstr. 14.

Ballonrenner, Ballon-Touren-, Ballon-Damenmaschinen 50,—, 58,—, 65,—, 75,—, Original-Brennabor-Ballonräder 85,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Freilaufräder 25,—. Krause, Gr. Frankfurter Str. 30.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 30, Haltestelle Adalbertstraße.

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnung, 2½ Zimmer, Bad, Loggia, 83,—, sofort, „Vaterland“, Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

Neubauwohnungen, Nähe Untergrundbahn, zwischen Ringbahnhof Tempelhof und Papestraße, 2 und 2½ Zimmer, 84,— bzw. 98,— Mark, einschließlich Heizung, Warmwasser, sofort vermietbar. Genossenschaftsanteil 400,— Mark, Wohnberechtigungsschein. „Vaterland“, Tempelhof, Albrechtstraße 27.

Bindfaden
Kordel, Packstricke, Packu. Seidenpapiere, Pappen
Billige Einkaufsquelle
Karl Daub
S14, Wallstraße 73 / Telephon: F7, Jannowitz 4814

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rohrleger

August Villain

am 11. Juli gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 15. Juli, 20½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 12. Juli starb unsere Kollegin

Margarete Stopsack

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 16. Juli, 17½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am 13. Juli starb unsere Kollegin, die Arbeiterin

Martha Ribbe

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. Juli, 15 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof, Reinickendorf-Ost, Humboldtstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Am 10. Juli starb an Gehirnschlag unser Kollege, der Arbeiter

Emil Niek

geb. 19. April 1880.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Geschlossen.
Abonnements-Einladung
für die Spielzeit 1931/32
Großer Preisabbau,
wesentliche Verbesserung einzelner Platzgruppen durch Vorverlegung, sehr bequeme Zahlungsbedingungen.
Anmeldungen nehmen in der Zeit von 10 bis 2 Uhr entgegen:
für die **Staatsoper** und das **Staatliche Schauspielhaus:**
Abonnem.-Büro Oberwallstr. 22, Fernsprecher: Merkur 9024,
für das **Staatl. Schillertheater:**
Abonnem.-Büro: Charlottenbg., Grolmanstraße 70, Fernsprecher: Steinplatz 6715.

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Ballett Eduardowa, 10 Brox, 4 Richys, Mary – Erik – Paul usw.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8¼ Uhr
Der Mann des Schicksals
Die Komödie der Irrungen

Komische Oper
Friedrichstr. 104
8¼ Uhr
Frauen haben das gern . . .
Musikal. Schwank von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 0.50–7.00

Erholungsuchende finden freundl. Aufnahme in herrlicher waldreicher Gegend, prim. gute Verpfleg., eigene Schlachterei, Garten und Liegewiese vorhanden, pro Tag 3,75 Mk., keine Nebenkosten.
Frau Aug. Schlange
Schlachterei
Harriehausen, Harz

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 288 der Reichsversicherungsordnung wird die **Ortskrankenkasse der Maurer zu Spandau** mit der **Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin** vereinigt.
Die Aenderung tritt mit Ablauf des Monats Juli 1931 in Kraft.
Vorstehende Entscheidung hat das Oberversicherungsamt Berlin unterm 29. Juni 1931 getroffen. (§ 291 RVO.).
Eine weitere Bekanntmachung wegen der notwendigen Ueberleitungsgeschäfte und bis zu welchem Termin der bisherige Geschäftsraum der Ortskrankenkasse der Maurer zu Spandau noch als vorübergehende Zweigstelle zu gelten hat, wird alsbald nach Beschlußfassung beider Ausschüsse der Kassen erfolgen.
Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
Hermann Krüger, Vorsitzender. Richard Freund, Schriftführer.

SCALA
Barbarossa 8258
Tägl. 5 u. 8¼ U.
H. u. H. Williams
Lee Gall-Ensemble
Orig. 3 Whirlwinds
Bob Ripa
Celia Brandt usw.

PLAZA
Letzter Tag!
Die große REVUE
Das Brasilianische Kaleidoskop
Morgen neues Programm!
Tägl. 5 u. 8½
Str. 2, 5 u. 8½

Laßt Rose's sprechen!
Bitte sehen Sie sich bei uns an: Nur bis 19. Juli:
„Der Herr mit d. Fragezeichen“
Es spielen: Hermine Sterler, Maria West, Carl de Vogt, Harden, Schweizer, Goebel, Altschul, Dahlke, Wilde
Mont. bis Sonnb. 8½ U. Sonntag 2½, 5½, 9 Uhr
Besucht unser Sommer-Theater!
Wir zeigen: 8 internationale Varieté-Nummern
Es treten auf: Lotte Werkmeister, Carl Braun.
Außerdem Gr. Konzert u. abds. 8½ das Singspiel:
„Unter der blühenden Linde“
Wochentags 5½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr
ROSE-THEATER Große Frankfurter Straße 132.
U-Bahn Strausbg. Pl. Vorverk. täglich v. 11–1 u. 3–9 U. Tel. Best. E 7 Weichs. 3422

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr
Stettiner Sänger
vom 9. bis 15. Juli
Zum Schluß
„Alles verrückt!“

Am 12. Juli verschied nach längerer Krankheit unsere liebe Tochter

Margarete Stopsack

In tiefer Trauer
Ludwig Stopsack u. Frau

Die Einäscherung erfolgt am 16. Juli, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Für die vielen und herzlichen Beweise inniger Teilnahme bei der Bestattung unseres lieben Entschlafenen

Otto Kasten

sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Bln.-Reinickendorf, Winterstr. 11.
14. Juli 1931. **Ida Kasten.**
Die Beisetzung der Urne findet am Donnerstag, dem 16. Juli 1931, 18½ Uhr, auf dem Pankower Friedhof am Bahnhof Schönholz statt.

Danksagung

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes und guten Vaters

Karl Pohl

sagen wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Ww. Pauline Pohl.**

STOTTERN
Dauerheilung Eig. grundlegendes Verfahren. Ausk. 4–7. Prosp. frei.
Fachinstitut Knedel, Berlin, Dahlmannstr. 24 (Kurfürstendamm)

Modell-Tischlermeister
aus der Werkzeugmaschinenbranche per sofort. Angebote mit Zeugnisabschriften oder genauen Angaben über bisherige Tätigkeit unter „A. 76“ an die „Vorwärts“-Expedition Markusstraße 36 erbeten.

Das Fest der 5000.

Die Jugendbewegung in den Kleingärtnerverbänden.

Wie sich das gesunde Prinzip einer Sache trotz aller Widerstände durchsetzt, zeigt der Aufstieg der Kleingartenbewegung. Diese fleißigen Laubenkolonisten, oder, wie sie sich auch gern nennen hören, „Pflanzer", lassen sich gern zum Vorspann für Ideen der Entwicklung gebrauchen. Wer die Jungfernheide so vor 20 Jahren kannte, wird sich mit Schrecken der verrufenen Einöde erinnern. Heute ist sie ein blühender, gepflegter Park mit Promenaden, Seen und Badeverkehr, der Erholungspunkt für den Westen und Norden Berlins. Die Laubenkolonisten bezeichnen sich mit Recht als Pioniere dieser Wandlung, denn ihre alten wunderschönen Gärten, die sich in breiten Grünstreifen vor den Wald lagern, haben wie an anderen Orten auch hier die Entwicklung erst reif gemacht. 65 Vereine mit etwa 4600 Familien, die im Bezirksverband der Kleingärtner Charlottenburg-Tiergarten organisiert sind, finden hier eine Freistätte ihres Glückes; eines Glückes, das in unseren Notzeiten besondere Bedeutung besitzt. Am Sonntag hatte der Bezirksverband im Volkspark Jungfernheide eingeladen, um eine neue Seite der Kleingartenaufgaben der Oeffentlichkeit zu zeigen, nämlich die Jugendpflege. Auch diese Jugendpflege innerhalb der Vereine ist ein Akt der Selbsthilfe. Hunderte von Kindern, die sonnengebräunt und gesund in den Kleingärten heranwachsen, waren in dem Naturtheater auf grünem Rasen vereint, um bei gymnastischen Uebungen, Spielen und alten Volkstänzen zu zeigen, wie stark ihre eigene Anteilnahme an diesen Dingen ist. Etwa 5000 Menschen sahen dieser Veranstaltung mit hellster Begeisterung zu. Und man kann, ohne zu übertreiben, sagen: Keine Schule und kein Zwang kann Leistungen an Gewandtheit, Grazie und vollendetem Spiel aufweisen, wie diese auf freiwillige Arbeit aufgebaute Darbietung der Kleingärtner. Besonderes Lob verdienen die freiwilligen Jugendhelfer, die Mütter und Väter aus den Laubenkolonien, die in den langen Sommermonaten fremde Kinder wie ihre eigenen Kinder betreuen. Mit Stolz zeigte sich der neue Tambour-Chor mit Pfeifen und Trommeln; auch einen Schalmeienchor besitzt der Bezirksverband. Unsere Genossen von den Arbeiter-Samaritern haben sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen: Eine neue Abteilung, die sich nur aus Kleingärtnern zusammensetzt, ist das Ergebnis. Als abends die langen Züge der Vereine mit ihren Bannern und fröhlicher Musik zwischen dem Grün der Gärten zum Festplatz des Kleingartenvereins „Gemütlichkeit" heimwärts zogen, um sich bei Kaffee und Kuchen für weitere Taten zu stärken, mag mancher Spaziergänger ihnen verwundert nachgeschaut haben. Wer die Kleingärtnerbewegung jedoch kennt, der weiß, daß um dieses kleine Stück friedlichen Gartens schwer gekämpft und um seine Erhaltung viele Opfer gebracht werden müssen.

Vor acht Jahren.

Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg vor Gericht.

Wenn ein Mensch sich wegen einer Tat zu verantworten hat, die er vor acht Jahren beging; wenn in der Zwischenzeit geheiratet, gearbeitet, sich nichts zuschulden kommen ließ; so kann er sich erklärlicherweise mit der Tatsache, daß er nun auf der Anklagebank sitzt, nur schwer aussöhnen.

Es ist weiter nicht verwunderlich, daß der 66jährige Wächter Sch., der vor dem Landgericht III wegen Körperverletzung mit Todeserfolg steht, nur unter großen Hemmungen die Ereignisse darstellt, die ihn auf die Anklagebank gebracht haben. Allerdings ist dieser Wächter, geschwächt durch Alkohol und durch schwere Arbeit, ein Mensch, der von Natur aus gewalttätig zu sein scheint und mehr als einmal wegen Körperverletzung Strafen über sich hat ergehen lassen müssen. Das Objekt des Streites war in diesem Falle 1500 bis 2000 Mark wert — zu einer Zeit, da eine Straßenbahnfahrkarte 120 Mark kostete. Man lebte damals im Jahre 1923. Der Sachverhalt ist schnell erzählt: Sch.'s Freundin brauchte Geld. Sie tat, was alle zu jener Zeit machten, sie beschloß, ihre letzten Schmucksachen zu verkaufen: eine Brosche und einen Anhänger. Ein flüchtiger Bekannter des Sch., Max Teschen, erklärte sich bereit, die Sachen bei einem Goldarbeiter loszuschlagen. Er erhielt sie, man ging zusammen in eine Wirtschaft. Hier verschwand Teschen plötzlich. Sch. ahnte nichts Gutes, suchte ihn überall und ging schließlich zur Polizei. Teschen blieb unauffindbar. Am späten Abend traf Sch. ihn ganz unerwartet in der Nassauischen Straße. Er rief ihm zu: „Hände hoch, es hat keinen Zweck, hier noch zu fliehen Sie werden verhaftet." Gleich darauf zog er seine Pistole und schoß den Fliehenden nieder. Teschen erhielt einen Bauchschuß und starb.

Sch. wurde in Untersuchungshaft genommen. Nach seiner Entlassung verschwand er. Er wurde steckbrieflich verfolgt, war aber dirgends zu finden. Er heiratete, lebte unter seinem richtigen Namen; trotzdem konnte ihn der Steckbrief nicht erreichen. So vergingen acht Jahre. Heute steht der 66jährige vor Gericht und muß sich mit Mühe an das Jahr 1923 zurückerinnern. Auch die vielen Zeugen werden ihr Gedächtnis anstrengen müssen.

Letzte Vorstellung des Remarque-Films! Die Deutsche Liga für Menschenrechte läßt am Mittwoch, dem 15., und Donnerstag, dem 16. Juli um 7 und 9 Uhr die letzten Vorstellungen des Films „Im Westen nichts Neues" im Mozartsaal stattfinden. Kartenverkauf nur im Mozartsaal.

Rektor Genosse Hugo Eichhoff von der 44. Gemeindeschule ist soeben im Alter von 55 Jahren einem langen, schmerzvollen Leiden erlegen. Der Verstorbene ist bekannt geworden durch seine ernsthaften und beachtenswerten Bestrebungen, die schweren Fragen des Rechts bereits in der Schule an die Jugendlichen heranzubringen. Sein Buch „Erziehende Rechtskunde" legt von seinen Bemühungen Zeugnis ab.

Während der

Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts" und der „Abend" auf jede Dauer allerorts bezogen werden

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts" bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts" auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage nur die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Kalendermonat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts" durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist erforderlich.

Postabonnenten

müssen die Nachsendung unter Beifügung von 50 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der Zustell-Postanstalt beantragen.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher Dönhoff 292-297

Allgemeine Wetterlage.

Unter dem Einfluß einer flachen Depression sind heute in Mitteldeutschland und in dem weiteren Küstengebiet der Ostsee sehr erhebliche Regenmengen gefallen. Die größte Menge hatte Stettin mit 44 Millimeter in 12 Stunden. Die flache Depression zieht jetzt ab und dürfte morgen unser Wetter nicht mehr beeinflussen. Dagegen ist über Westfrankreich und dem Ausgang des Kanals eine neue kräftige Störung aufgetreten. Sie wird am Mittwoch dem größten Teil des Reiches neue Wetterverschlechterung bringen.

*

Wetteraussichten für Berlin: Eintrübung mit Regenfällen bei auffrischenden und über Südost nach Süd bis Südwest drehenden Winden. **Für Deutschland:** Im Westen und Süden bewölkt bis trübe und regnerisch, auch in Mitteldeutschland im Laufe des Tages Regen, im Osten noch meist wolkig ohne nennenswerte Regenfälle.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2. Tr.

Friedrichshain (Kameradschaft Warschau): Mittwoch, 15. Juli, 20 Uhr, bei Vedar, Simon-Dach-Str. 9, Kameradschaftsversammlung. Wichtige Tagesordnung. — **Weißensee** (Ortsverein): Während der Schulferien fallen die Uebungsabende in der Turnhalle aus. Mittwoch, 15. Juli, 19 Uhr, Uebung auf der Rennbahn Weißensee an bekannter Stelle. Sportkleidung mitbringen. — **Ortsverein Reinickendorf** (Jungbanner): Mittwoch, 15. Juli, 20 Uhr, Pflichtversammlung im Lokal Seidlitz, Scharnweber- Ecke Berliner Straße. Kameradschaft Reinickendorf-Ost: Treffpunkt: Mittwoch, 15. Juli, 19,30 Uhr, Lokal Kiehne, in Ziehl. — **Kreuzberg.** Zug 7 und 8: Donnerstag, 16. Juli, 19½ Uhr, Turnhalle Manteuffelstr. 7. — **Wilmersdorf** (Ortsverein): Donnerstag, 16. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei A. Kulka, Laurenburger Str. 21. — **Kreis Westen** (Jungbanner): Freitag, 17. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Ebenpalast, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 24. Referent: Kamerad Polizeihauptmann Encke: „Das Jungbanner im Kampf gegen Nodikalismus rechts und links". Mitgliedsbücher mitbringen. — **Charlottenburg** (Kameradschaft Bittenberg): Freitag, 17. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Grün, Pestalozzistr. 37a. Ref.: Kam. Falk von der Republik. Beschwerdestelle: „Im Kampf für die Republik".

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Gau Berlin, Ortsgruppe Norden 14: Donnerstag, 16. Juli, abends 8 Uhr, Casino-Festsäle, Pappel-Allee 15, Hinterbliebenen-Versammlung. Ref.: Gauleiter Kamerad Paul Marx. Thema: „Die neuen Zusatzrentenbestimmungen".

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Gruppe „Schillerpark": Freitag, 17. Juli, 20 Uhr, Alkoholfreie Gaststätte, Malplaquetstr. 26, spricht der Bundesvorsitzende Gen. Hoheisel über „Eine sozialistische Kulturforderung". Gäste willkommen!

Longfellow English Debating Club. Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärztehaus, Bülowstr 104, Gutmannssaal Mr. J Bulman Smith, M. A.: „Life's Orchestra"

Socialista Esperanto Asocio. Vendredon, 17.7 vespere en Metallarbeiter-Verbandshaus, Eingang Elsasser Straße ri povas audi raporton pri nia unua asocatago. Fre grave!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Das **Mitgliedsbuch** des Genossen **Karl Brose,** Berlin O. 112, Pettenkoferstraße 18, bei Moormann, ist **gestohlen** worden. — Gleichzeitig wurde das **Mitgliedsbuch** des **Gesamtverbandes,** der Ausweis des **Reichsbanners** und des Radfahrbundes **Solidarität** entwendet. — Sollten diese Dinge irgendwo als Ausweise benutzt werden, dann sind sie anzuhalten, und an das Sekretariat einzuschicken. J. A.: Alex Pagels.

*

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 15. Juli.

5. Kreis. Die Abteilungskassierer rechnen bestimmt bis morgen, Donnerstag, mit dem Kreiskassierer die Billetts vom Sommerfest ab.

18. Abt. Arbeitsgemeinschaft junger Parteigenossen an bekannter Stelle. Thema: Sexualfragen und Gesetzgebung. Leiter: Gen. Dr. Maner-Zachart.

33. Abt. Die Bezirksführer rechnen noch heute die Billetts vom Sommerfest ab.

55. Abt. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Türkischen Zelt, Berliner Straße. Vortrag des Gen. Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee über Sozialismus und Faschismus.

96. Abt. Arbeitsgemeinschaft junger Genossen in der Lesehalle Nogat, Ecke Ilsestraße.

99. Abt. Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder im Versammlungsraum Hannemannstr. 40. Vortrag des Gen. Scheele über Verbrechertum und moderner Strafvollzug.

Morgen, Donnerstag, 16. Juli.

7. Kreis. 20 Uhr Sitzung des Bildungsausschusses im Jugendheim, Rosinenstraße 4.

36. Abt. 20 Uhr Zusammenkunft der jüngeren Genossen bei Busch, Tilsiter Str. 27. Ref.: Gen. E. Meyer über Sozialismus, Demokratie und Sowjetrußland.

101. Abt. 19 Uhr an bekannter Stelle Vorstandssitzung.

Frauenveranstaltungen.

81. Abt. Der Frauenabend fällt in diesem Monat aus.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Gruppe Lichterfelde. Der Elternabend fällt am Donnerstag aus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

27. Abt. Unser langjähriger Parteigenosse und Funktionär Gustav Schilling, Buchholzer Str. 1, ist nach kurzer Krankheit am 11. Juli verstorben. Ueber seine Kraft hinaus hat er, selbst noch während seiner Krankheit, für die Partei gewirkt und gearbeitet. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, 16. Juli, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Rege Beteiligung erwartet der Abteilungsvorstand.

39. Abt. Am 11. Juli starb unser lieber Genosse Rektor Hugo Eichhoff, Wilhelmstr. 117. Jugenderziehung in Verbindung mit Rechtskunde waren sein Lebenswerk. Ehre seinem Angedenken. Beisetzung: Donnerstag, 16. Juli, 15½ Uhr, Dreifaltigkeitsfriedhof, Bergmannstr. 40.

92. Abt. Unsere langjährige Genossin Margarete Stopsack ist verstorben. Ehre ihrem Andenken. Einäscherung: Donnerstag, 16. Juli, 17½ Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

105. Abt. Unser Genosse Hermann Goepel, Adlershof, Genossenschaftsstraße, ist am Sonntag verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung: Donnerstag, 16. Juli, 18 Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

130. Abt. Die Beisetzung der Urne unseres verstorbenen Genossen Otto Kasten findet Donnerstag, 16. Juli, 15½ Uhr, auf dem Pankower Friedhof, Am Bahnhof Schönholz, statt. Wir bitten um rege Beteiligung.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Mittwoch, 15. Juli, um 19½ Uhr.

Gesundbrunnen II: Christianiastr. 38: „Jugendfragen auf dem Parteitag". — **Gesundbrunnen** NF.: Aussprache über Falkenarbeit. — **Tempelhof:** Göbenstraße 3: „Rauschgifte oder Körperpflege". — **Friedrichsfelde:** Gunzelstr. 41: „Jugend und Partei". — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweber-Str. 20: „Französische Arbeiterbewegung". — **Lichtenberg-Nordwest:** Dottestr. 26: „Tagespolitik". — **Pankow** III: Kissingenstr. 48: „Wie soll die Arbeit in der Zukunft aussehen?" — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87: „Der 14. Juli in der Arbeiterbewegung". — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1: „Die Bedeutung der Gewerkschaften".

Werbebezirk Lichtenberg: Morgen Zusammenkunft aller Fahrtteilnehmer im Jugendheim Gudrunstr. 44.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Zusammenkunft der Ferienfahrtteilnehmer im Jugendheim Sonnenburger Str. 20.

Werbebezirk Kreuzberg: Alle Gruppen gehen zu unserer Freidenkerkundgebung um 20 Uhr im Gesundheitshaus am Urban.

Gewinnauszug

4. Klasse 37. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 14. Juli 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 195814 373685
4 Gewinne zu 3000 M. 171348 349663
8 Gewinne zu 2000 M. 17714 88481 329113 379327
24 Gewinne zu 1000 M. 49896 59285 73890 108134 130762 187151 205638 225971 230290 268777 311834 330844
30 Gewinne zu 800 M. 61375 62568 93136 106270 133356 164854 166292 200715 219855 284681 299758 313389 355819 360979 390859
56 Gewinne zu 500 M. 33161 38824 50560 52261 53867 77418 136943 142727 151156 184574 210194 211795 212006 229991 234068 238043 239949 246914 263098 316245 317910 320072 333804 341785 354972 372446 374343 383020

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 133280
4 Gewinne zu 10000 M. 69925 196860
2 Gewinne zu 5000 M. 376174
4 Gewinne zu 3000 M. 122815 250641
6 Gewinne zu 2000 M. 186257 189007 213452
24 Gewinne zu 1000 M. 76566 98516 136999 145787 164144 169800 170272 202760 287109 288949 325388 336224
46 Gewinne zu 800 M. 14795 35179 39536 49663 67399 79182 94013 95702 97559 109164 129044 134578 149900 155752 212669 215343 241677 336239 356734 361020 362136 371302 371885
36 Gewinne zu 500 M. 20926 73688 82520 88193 106046 113437 120087 126284 130029 139241 148435 158911 267404 307081 353382 357291 370271 392284

Raucher merke Dir's!

Glänzend gerechtfertigt ist unser Entschluss, den Zigarrenmarkt zu revolutionieren.
Neue Herstellungsmethoden waren notwendig, um derartige vorzügliche Qualitäten so billig zu liefern wie wir.
Der kluge Raucher aber nutzt den Sturm, den wir auf dem Zigarrenmarkt entfachten.
Er greift begeistert zu dem ungeheuren Vorteil:

KRENTER INDIANER
Rein Übersee-Zigarre und doch nur 10 ₰
Zigarillos: KLEINE INDIANER Stück 6 ₰

Rembrandt macht Bankrott

Pleite des großen Malers nach drei arbeitsreichen Jahrzehnten

Nach drei arbeitsreichen Jahrzehnten, in denen ihm Geld und Ruhm reichlich zugeströmt waren, machte der große Maler Rembrandt, dessen Geburtstag sich am 15. Juli zum 325. Male jährt, Bankrott.. Man kann nicht sagen, daß seine Zeitgenossen von diesem Ereignis bewegt und betroffen waren. Im Gegenteil, tief befriedigt über den, wie man fand, wohlverdienten Zusammenbruch des hochfahrenden, eigenwilligen Malers, schloß man die Akten über einen Skandal, der schon lange den Aerger und die Entrüstung der guten Bürger wach gehalten hatte.

Rembrandt lebte in Amsterdam nach dem Tode seiner jungen Frau mit einem Mädchen zusammen, das ihm ohne den Segen der Kirche ein Kind schenkte. Man nahm das recht übel auf, besonders da das Zusammenleben trotz der Verwarnung des Kirchenrats und der ärgsten kirchlichen Strafe, der Ausschließung vom Abendmahl, kein Ende fand. Sicherlich hätte der Künstler das Mädchen geheiratet, wenn er sich's hätte leisten können. Aber er war durch das Testament seiner ersten Frau, das ihm den Nießbrauch eines kleinen Vermögens zusprach, gebunden.

Ueber die heikle Lage, in der sich der Künstler befand, sind wir gut unterrichtet. Er hatte schon längst durch sein herausforderndes Wesen und seine Selbstherrlichkeit den Unmut der „Gesellschaft" hervorgerufen. Einstmals ein guter „Portraitmaler", hatte er seine Kundschaft allmählich eingebüßt. Ein zeitgenössischer Maler hat das damit erklärt, daß Rembrandt oft seine Auftraggeber monatelang warten ließ.

Wenn er beim Malen war, gewährte er auch dem ersten Monarchen der Welt keinen Zutritt. Das paßte den reichen Herren und Damen natürlich nicht.

Noch etwas kam hinzu. Im Jahre 1640 hatte der vierundreißigjährige Maler einen wichtigen Auftrag erhalten. Ein ganzer Schützenverein meldete sich, siebzehn vornehme Herren, von denen jeder 100 Gulden anlegen wollte. Rembrandt hat sie in der berühmten „Nachtwache" porträtiert. Zum erstenmal erhielt man statt einer sozusagen „gestellten" Gruppenaufnahme ein bewegtes, lebendiges Gruppenbild. Der Erfolg war — ein Protest! Die vornehmen Herren waren höchst unzufrieden und bestellten bei einem heute längst vergessenen Maler ein „besseres" Bild. Das hat Rembrandt geschadet. Ein italienischer Zeitgenosse nannte die „Nachtwache" verkleckst und konfus. Unbegreiflich schreibt er, daß manche Leute für Zeichnungen dieses Malers, auf denen nur wenig oder gar nichts zu sehen ist, dreißig Gulden ausgeben! Uebrigens sehe Rembrandt sehr plebejisch und häßlich aus. Er sei schlecht gekleidet, mische sich immer die Pinsel am Anzug ab. Ein anderer Kritiker tadelt, der Künstler halte zu wenig auf seinen Stand, er gebe sich immer mit niedrigen Leuten ab. Daran war viel Wahres.

Rembrandt hat viel lieber arme Schlucker gemalt als reiche Dandys, die es bezahlen konnten. Allein 26 seiner Gemälde zeigen uns Bettler und Vagabunden.

Wie wir ihn aus seinen 27 Selbstporträts kennen, war er tatsächlich kein feiner und kultivierter Mann, sondern eher ein derber, unbekümmerter Bauer, allerdings mit einer phantastischen Neigung zu Maskerade und Putz.

Diese Eigentümlichkeit entfremdete ihn den nüchtern denkenden holländischen Patrizierkreisen noch mehr. Wie er seine Frau und später sein Mädchen gemalt hat, das war einfach empörend. Das lockere Frühstücksbild, das heute in Kassel hängt: Rembrandt mit seiner Frau auf dem Schoß hebt ein Glas zum Betrachter hin — prost! Oder gar Ganymed, der nackte Götterknabe, dem vor Angst, weil der Adler ihn packt, etwas höchst Unanständiges passiert —, das waren Provokationen, die man damals sehr deutlich empfand. Man hatte noch zu sehr die harmonische Sinnlichkeit der italienischen Meister im Kopfe, als daß man den krausen Humor des Zeitgenossen verstehen wollte.

Wenn Rembrandt „Adam und Eva" gestaltete, wurden ein paar wilde Höhlenmenschen daraus, dumpfe, belastete, tierhafte Wesen, und darin lag eine deutliche Kritik am „Sündenfall".

So täppische Trolle sollten aus einer Laune heraus das Schicksal des Menschengeschlechts entschieden haben?

Dies alles hatte der Maler schon auf dem Kerbholz. Er hatte seine Frau — als „Danae" nackt gemalt. (Das Bild hängt in Leningrad.) Er hatte seine Konkubine, wie eine Fürstin herausgeputzt, porträtiert. Gar nicht zu reden von dem Bilde, in dem zwei lüsterne Greise Rembrandts Geliebte im Bade überfallen. („Susanne im Bade", jetzt im Kaiser-Friedrich-Museum, Berlin.) Offenbar war es ihm gleichgültig, wie die Bürger von Amsterdam über ihn dachten. Gesellschaftlich lebte er isoliert. Er war ein Stubenhocker, der zu Hause sein Glück und sein Leben suchte und fand. Er kaufte gern alte, prunkvolle Kleider und Waffenstücke; die hingen bei ihm herum; damit staffierte er seine Modelle aus. Seine Leidenschaft waren alte Bilder und Schmuck. Und das rührt nun an den letzten Punkt, durch den er seinen Mitbürgern unheimlich wurde: seine Teilnahme am Kunsthandel.

Er hatte eine schnurrige Art, wenn er Geld hatte, alte Bilder und Zeichnungen erster Meister auf Auktionen zu übersteigern. Gleich beim ersten Angebot erhöhte er den Preis derart, daß kein anderer mehr zu bieten wagte.

Das tat er, um der Kunst, wie er sagte, Achtung zu verschaffen. Zahllose prachtvolle Bilder gelangten auf diese Weise in seinen Besitz. So hat er einmal „Hero und Leander" von Rubens für 637 Gulden ersteigert und mußte später froh sein, dafür 530 Gulden beim Weiterverkauf zu erzielen. Für einen Holbein hat er tausend Gulden geboten. Für ein Skizzenbuch des von ihm hochgeschätzten Lucas von Leyden zahlte er 627 Gulden. Als ihm die Preise für seine eigenen Kupferstiche nicht hoch genug erschienen, ließ er sie in ganz Europa zu jedem Preis aufkaufen, um ihren Wert zu steigern. So brachte er z. B. in Amsterdam ein Blatt mit der Auferstehung des Lazarus an sich für fünfzig Gulden, obwohl er selbst davon die Kupferplatte besaß. Der Erfolg war tatsächlich eine Wertsteigerung der im Handel befindlichen Stücke. Seine Radierung „Jesus segnet die Kinder", eine besonders hervorragende Leistung, erzielte gleich beim ersten Verkauf den Preis von hundert Gulden, daher: „Hundertguldenblatt!" (Heute kostet ein guter Abzug davon etwa dreißigtausend Mark!) Aber im ganzen hat Rembrandt sich durch derartige Spekulationen und Käufe zugrunde gerichtet. Er konnte die Zinsen für das einstmals so teuer erworbene Haus nicht mehr erschwingen. Er mußte ein Darlehen aufnehmen, und seine Gläubiger veranlaßten bei der ersten Gelegenheit den Konkurs des unsympathischen Schuldners.

Rembrandts Sammlungen allein wurden vor der Versteigerung auf etwa 18 000 Gulden geschätzt. Dazu kam das Haus, das er für 13 000 Gulden erstanden hatte. Das Inventar, das damals aufgenommen wurde, nennt uns 363 Kunstgegenstände in Rembrandts Besitz.

Er hatte Werke von Rubens, Tizian, Mantegna, Raffael, Giorgione und andern großen Meistern. Von Dürer besaß er neben zahllosen Stichen das ganze „Marienleben". Alle diese Werke wurden damals verramscht. Der Gesamterlös der Auktion belief sich auf nur 11 677 Gulden. Bettelarm ging Rembrandt davon. Er, der vorher fünfzehn Räume mit Kunstwerken vollgestopft hatte, zog jetzt mit seinem Mädchen und seinen Kindern in eine Mietstube ein. Die Kunsthändler von Amsterdam aber machten ein gutes Geschäft, denn Rembrandt war zwar unbeliebt, aber berühmt. Schon ein Jahr nach der Auktion brachten die Bilder von ihm zehnfachen Versteigerungspreis. Die „Ehebrecherin" z. B. wurde vom Ersteigerer damals für 1500 Gulden weiterverkauft.

Rembrandts Bankrott war mehr als persönliches Mißgeschick. Der Künstler selbst fand rasch seine Arbeitskraft wieder. Sein reifstes Werk, die „Staalmeestere", heute in Amsterdam, entstand wenige Jahre danach. Aber die Nachwelt hat durch diesen Vermögenszusammenbruch einen Verlust erlitten, der ganz unermeßlich ist. Denn zahllose Werke des Meisters selbst, die im Auktionsinventar aufgezählt sind, existieren nicht mehr. Sie wären uns sonst erhalten geblieben und bereicherten noch den gewaltigen Eindruck von der Schaffenskraft dieses Künstlers, dessen Werk überhaupt nur zu zwei Dritteln auf uns gekommen ist.

Dr. Hermann Pörzgen.

Ernst Fischer: „Das nackte Geld"

Die konsolidierte Bourgeoisie verhüllt ihre Gottheit, das Geld. Sie kostümiert es mit allerhand glänzenden Stoffen, sie redet von der Volkswirtschaft, von der Ordnung und von der Kultur, wenn sie das Geld meint, sie versteckt ihre schamlose, hemmungslose Beziehung zu dem geliebten Scheusal, wie sie andere zweifelhafte Beziehungen wohlerzogen versteckt. Sie täuscht ein ehrbares, solides Verhältnis vor, sie ist mit dem Geld sozusagen glücklich verheiratet, und man legt keinen Wert darauf, daß die Gattin sich prostituiert, daß ihre Herkunft und ihr Charakter vor aller Oeffentlichkeit besprochen werden. Natürlich tun sie alles fürs Geld, aber in distinguierter Form, Intimitäten verschweigend und das Legale, das Staatserhaltende, Gottgewollte der Geldvermehrung voll Würde betonend. Nur wenn man es ihnen nehmen will, das hübsche, das teure Geld, dann vergessen sie ihre gute Kinderstube, werden sie zu rabiaten, unappetitlichen Tieren, die fauchend und schnaubend ihr Liebstes verteidigen. Sonst aber präsentiert sich das Geld der Bourgeoisie in großer Toilette und ist aus gutem Bankhaus.

Vor einigen Jahren aber noch war das anders, in der phantastischen Zeit der Inflation. Damals hatte das Geld die zerfetzten Kleider und Hüllen herumtergerissen, um nackt und zügellos vor die Menschen zu treten. Damals tanzte es frech und verhurt durch die Welt, machte keine Geschichten und gab sich nicht brav und gesittet, glitt von Hand zu Hand und provozierte Skandale, torkelte durch die Bars und wirbelte stockbesoffen durch die Banken, wußte nichts von Pastorenpathos und ließ sich als Göttin feiern. Und immer, wenn ich die biederen Redensarten von der Volkswirtschaft und ihrer Sanierung höre, erinnere ich mich an eine Szene, deren Zeuge ich damals war.

Man hatte keinen Heller im Sack und keine Stellung in Aussicht und keine Hoffnung im Herzen, morgen, übermorgen leben zu können, und saß nach Mitternacht in irgendeinem Kaffeehaus und ließ sich von der Musik betäuben und wartete auf das Wunder, das plötzlich da sein konnte. Die Luft war von Möglichkeiten überfüllt und der Pessimismus so ungeheuer, daß er in das romantische Vorgefühl einer sensationellen Wendung umschlagen konnte. Schlimmstenfalls machte man ein Ende — stets begleitete uns der Tod und hauchte uns mit seiner Kühle an. So saßen wir wieder, wartend auf nichts, wartend auf alles nach einem Tage verzweifelten Jagens hinter dem Phantom irgendeiner Arbeit, irgendeines kleinen Verdienstes her — saßen hier und meinten, im Laufe der nächsten Stunden werde der Wert des Geldes so radikal stürzen, daß wir unseren Kaffee, unseren Kognak umsonst getrunken hätten, daß der Kellner uns noch einige Tausende herausgeben würde, die allerdings den Preis einer Straßenbahnkarte nicht decken könnten. So saßen wir . . .

Da trat ein Kerl in das trübe Lokal, tappte sich langsam an der Wand entlang, ein fleischiger Kerl mit roten Fäusten und gewaltigem Specknacken, irgendein Viehhändler oder Valutenschieber aus Montenegro oder Rumänien, was weiß ich! Das viehische Gesicht war aufgedunsen, aus kleinen, roten Augen stierte der Kerl die Gäste an, einen nach dem anderen. Er roch penetrant nach Alkohol, mußte unbändig viel getrunken haben, konnte sich nur mit Mühe aufrecht erhalten. An einigen Tischen schob er die Massen seines Körpers vorbei, plumpste dann dumpf auf einen Sessel und bestellte lallend und mit fremdem Akzent eine Flasche Champagner. Hierauf schlief er minutenlang zu schlafen.

Auf einmal hob er den Kopf und brüllte die Musikanten an. Mit gröhlender, grunzender Stimme verlangte er irgendeinen Schlager, der damals überall gespielt wurde. Die Musikanten aber beachteten den „lästigen Ausländer" nicht — bis der lästige Ausländer sich unvermittelt und jäh in einen „distinguierten Fremden" verwandelte. Er zog nämlich grinsend und unablässig mit dem Kopf nickend, eine gewaltige Brieftasche aus dem von Bratensaft und Champagner besudelten Rock, entnahm ihr eine große Banknote, knüllte sie zusammen und warf sie den Musikanten zu. In diesem Augenblick stockten alle Gespräche, verstummten alle Geräusche, starrten alle Augen hypnotisiert der Banknote nach. Der Kapellmeister fing sie auf, verneigte sich, die Musik brach schrill und mitten im Takt ab — und in der nächsten Sekunde ertönte die Melodie, die der massive Gast gewünscht hatte. An allen Tischen wartete man gespannt, ob nach diesem Prolog noch etwas folgen werde . . .

Und es folgte noch manches, es wurde sehr sonderbar in diesem Kaffeehaus. Nach drei Minuten warf der Kerl den Musikanten wieder eine zusammengeknüllte Banknote zu, nach drei weiteren Minuten abermals, und so ging das eine Viertelstunde lang weiter. Niemand sprach mehr, an allen Tischen wurde es geisterhaft still, in allen Gesichtern fieberte wachsende Erregung. Und jedesmal, wenn eines der kostbaren Papiergeschosse durch die von Zigarettenrauch strotzende Luft flog, hielten die Menschen den Atem an, verkrampften sie zuckend die Hände. Der Betrunkene konnte das bewußt nicht wahrnehmen, aber er schien es zu wittern, schien es zu riechen und mit tierischer Lust zu genießen. Ein Rausch des Verschwendens, ein Rausch primitivstee und fürchterlichster Macht hatte ihn überwältigt, und seine Hände, seine roten fleischigen Hände, waren zu Automaten geworden, die eine Banknote nach der anderen nehmen, zerknittern und schleudern mußten, die gar nicht mehr anders konnten. Es schnürte uns langsam die Kehle zu, wir mußten uns zurückhalten, um nicht über ihn herzufallen. Er zerquetschte alle Menschenwürde mit seinen Fäusten, spielte mit Menschenschicksalen Fangball.

Nach einiger Zeit variierte er seine Beschäftigung, warf mitunter einem der Kellner einen Geldknäuel vor die Füße — und widerwillig bückten sich die Kellner, das entehrende Geld, das sie so brauchen konnten, vom Boden aufzulesen. Wie sollte das alles enden, wie sollte die qualvolle Spannung sich entladen?

Und es geschah, was niemand erwartet hatte. Ein Gedanke, ein wüster Gedanke wühlte sich langsam aus dem Fleischklumpen dieses aufgequollenen Gesichtes. Und langsam hob der Kerl eine große Banknote empor, wie eine Hostie dieser Gesellschaft, und langsam brannte er mit der glühenden Asche seiner Zigarre ein Loch in sie, das weiterfraß und größer wurde und immer größer und schließlich über das Papier triumphierte. Da explodierte die überladene Atmosphäre: ein Schrei der Wut, der Verzweiflung prallte empor, an allen Tischen sprangen die Menschen auf, stürzten mit gespreizten Fingern, geballten Fäusten auf den Betrunkenen los. In wenigen Sekunden hätten sie ihn niedergeschlagen wie ein Tier, wenn — ja, wenn das nackte Geld nicht den Aufruhr zu Boden geworfen hätte. Buchstäblich zu Boden geworfen.

Denn der Kerl richtete sich ein wenig auf, nahm ein Büschel Banknoten und warf sie wie einen Haufen welker Blätter über die Anstürmenden: Die stutzten, stockten, sahen die Blätter leise fallen — und haschten in wilder Gier nach dem wehenden Geld, beugten die Köpfe, krümmten die Rücken, versuchten, die Beute an sich zu raffen, sie in ihre Taschen zu stopfen. Eine Sekunde lang hatten sie gezögert, hatten sie gegen das Unmenschliche, gegen das Erniedrigende solchen Tuns sich gewehrt — dann wurden sie zu hungrigen Wölfen, die um ein Stück Fleisch einander die Zähne in die Gurgel schlagen. Keuchend, ächzend, stöhnend balgten sie um die Banknoten, die unter den Tischen lagen, die feucht und schlüpfrig wurden von ausgegossenem Wein und Schnaps. Und grinsend, monoton mit dem Kopf nickend, die leere Brieftasche schwenkend, glotzte der zum Dämon gewordene Viehhändler in das Chaos . . .

Ich habe das nackte Geld gesehen — und mag es sich nun in allen Kostümen verbergen, mit denen es die Bourgeoisie bekleidet, ich sehe es immer so wie damals in dem Kaffeehaus der Inflationszeit.

Der Bildhauer Wilhelms II.

Zum 100. Geburtstag von Reinhold Begas am 15. Juli

Reinhold Begas, in seiner Jugend der „Reformator der modernen Plastik" genannt, in seinem Alter der unduldsame Hüter einer unfruchtbar gewordenen Ueberlieferung, hat das Stadtbild Berlins mit einer großen Zahl von Monumentalbauten so wesentlich beeinflußt, daß man auch heute noch nicht gleichgültig an ihm vorübergehen kann. Er war der anerkannte Liebling Wilhelms II., der ihm seine Aufträge ohne Berücksichtigung vieler hervorragender Mitbewerber übertrug. Die Frage liegt nahe, wie weit dennoch seine Erfolge künstlerisch berechtigt waren.

Begas, der Sohn eines Historienmalers, Schüler und Patenkind von Rauch, wuchs in der Zeit des klassizistischen Epigonentums auf, jener blutleeren Kunstrichtung, die aus der reichen Welt der griechischen Kunst einige Züge herausgriff, zu strengen Lehrsätzen vereinigte und auf diesem Wege einer völligen künstlerischen Erstarrung entgegensteuern mußte.

In anderer Umgebung finden wir den Fünfundzwanzigjährigen in Rom wieder: angeschlossen an den Kreis der Feuerbach, Böcklin und Lenbach. Hier weitet sich sein Blick; hier sind die Kräftequellen, aus denen die ersten freien Arbeiten des jungen Künstlers, darunter der „Raub der Sabinerinnen", entsprangen. Aber der junge Begas hatte auch Eigenes zu geben, etwa die besonders reizvollen Kinderdarstellungen, und manches von ihm aus der Zeit nach seinem Weimarer und Pariser Aufenthalt ließ Großes von ihm erwarten, so z. B. die Figuren der „Geschichte" und der „Philosophie" an seinem Schillerdenkmal. Seine technische Meisterschaft aber bezeugt deutlich ein kleines bronzenes Petschaftfigürchen, das von Rom aus in Hunderten von Exemplaren als „Antike" verkauft wurde.

Der Neubeleber der Barockplastik, der Bahnbrecher des Naturalismus hatte seine Führerrolle angetreten. Aber diese Rolle sollte er nicht lange behalten, denn die Gunst des Kaisers hatte ihn wider seine Natur dazu ausersehen, den imperialistischen Gedanken mit gesteigertem Pathos und bilderreicher Sprache in Riesendenkmälern von Erz und Stein zu verherrlichen. Ueberlebensgroße allegorische Figuren, kränzewerfende Viktorien, siegreiche Kaiser . . .

Solchen Aufgaben war Begas nicht gewachsen. Niemals erzielte er einen geschlossenen Gesamteindruck. Es blieb bei lebensvollen Einzelheiten, so z. B. dem Relief „Krieg" am Kaiser-Wilhelm-Denkmal, das eine von Hunger ausgemergelte Mutter mit ihrem sterbenden Kinde zeigt.

Aus seinem Atelier, dem größten des damaligen Berlin, sind neben vielen anderen erste Künstler unserer Zeit, wie Gaul, Tuaillon und Krauß hervorgegangen.

H. E.

Ein jüdisches Zentralmuseum in Prag. Alle Denkwürdigkeiten, welche in irgendeiner Beziehung zum Judentum in den historischen Ländern stehen, sollen in einem Museum systematisch erfaßt werden. Dieses Museum, das in Prag errichtet werden soll, wird einen chronologischen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte des Judentums geben. So soll u. a. ein genaues Register aller jüdischen Friedhöfe und Synagogen mit Photographien angelegt werden, und Archive, Gedenkbücher sowie andere Schriften und Bücher in das Prager Zentralmuseum überführt werden.

Dolchstoßlegende, ade!

Goebbels verhöhnt die Durchhaltepolitik.

Es ist das Schicksal der Leute, denen Lüge und Verleumdung zur Gewohnheit geworden ist, sich in unbewachten Momenten zu verraten. Dies passiert am Dienstag dem „Angriff" des Herrn Dr. Josef Goebbels, der seine Betrachtungen zur Krise mit folgenden Worten beginnt:

Sämtliche Banken, Sparkassen und übrigen Geldinstitute im Reiche bleiben heute und morgen auf Anordnung der Regierung geschlossen, da man sonst fürchtet, daß — trotz aller beruhigenden Erklärungen von offizieller Seite, die sich genau so schön anhören wie die „Durchhalte"-Aufrufe während des Kriegsendes — am Donnerstag und Freitag nicht genug Geld da ist, um die fälligen Lohnzahlungen zu bewirken.

„... die sich genau so schön anhören, wie die Durchhalte-Aufrufe während des Kriegsendes" — da ist die Katze aus dem Sack! Das alte Kommunistenherz des neugebackenen Patentpatrioten hat sich verraten. Jahrelang haben die völkischen Apostel vom „Dolchstoß" der Sozialdemokratie geschrien, durch den „der zum Greifen nahe Sieg" verhindert worden sei. Und innerlich haben sie sich dabei, wie der „Angriff" beweist, über die Durchhaltepolitik lustig gemacht, was sie während der letzten Kriegszeit sehr vernehmlich getan haben. Es sind genau die gleichen Leute, die der Sozialdemokratie „Verrat" aus den entgegengesetzten Gründen nachschreien, das eine Mal wegen des „Durchhaltens", das andere Mal wegen des „Dolchstoßes".

Der Artikel des „Angriff" beweist aber auch noch ein Zweites: das nämlich, daß die Leute, die heute von dem „greifbar nahen Endsieg" schwätzen, der nur durch die Sozialdemokratie verhindert worden sei, selber an eine Möglichkeit des Durchhaltens in der letzten Kriegszeit nicht geglaubt haben. Es gibt ja unter den nationalsozialistischen Führern genug — gerade der „Angriff" kennt diese Leute —, die während des ganzen Krieges als Reklamierte, als Unabkömmliche und Untaugliche daheim gesessen haben. Diese Herrschaften, denen der Krieg nur solange Spaß machte, als andere ihr Leben und ihre Gesundheit opferten, waren natürlich in den letzten Kriegsmonaten, als das große „Auskämmen" angekündigt wurde, sehr nervös und keineswegs mehr kriegsbegeistert. So mancher, der sich heute stolz mit dem Hakenkreuz ziert, hat damals in schlotternder Angst, daß er noch herankommen könnte, über die Durchhaltepolitik geschimpft und den Frieden um jeden Preis gefordert. Heute sitzt er in irgendeiner Naziredaktion und schreibt über den Dolchstoß und den Landesverrat der Sozialdemokratie.

Am Dienstag hat sich im „Angriff" solch ein edler Geist verraten. Er hat, ohne es zu wollen und zu ahnen, der Dolchstoßlegende den Dolchstoß versetzt!

Zollsubventionen für das Chemiekapital

Eine Verordnung des Reichsfinanzministers.

Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Reihe von Zolländerungen, die durch Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers erlassen werden. Der Zolltarif wird für eine große Zahl chemischer Produkte, und zwar für fast alle Stickstoffprodukte grundlegend geändert. Für Ammoniakwasser, Salpetersäure, kohlensaures Ammoniak, Bleinitrat und salpetersaures Natron (darunter auch Chilesalpeter), auf die bisher keine Zölle erhoben wurden, werden jetzt Einfuhrzölle von 8, 12, 20, 24 und 12 Mark je Doppelzentner festgesetzt. Bei Superphosphaten, wo bisher ein allgemeiner Satz von 50 Pf. bestand, durch Handelsverträge die Einfuhr aber unverzollt war, wird der allgemeine Satz auf 12 Mark je Doppelzentner erhöht. Auf andere stickstoffhaltige Düngemittel wird ein Zoll von 12 Mark je Doppelzentner erhoben.

Damit hat die Reichsregierung erfüllt, was in der zweiten Notverordnung vom 5. Juni der deutschen chemischen Industrie versprochen worden ist. Die Notverordnung vom 5. Juni soll dem Schutz der deutschen Wirtschaft dienen, und zwar soweit Notstände vorliegen. Wir haben schon früher auf die Ungeheuerlichkeit hingewiesen, die in der Gewährung von Stickstoffzöllen liegt. Die einzige Wirkung dieser Stickstoffzölle ist die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz auf einem Gebiet, dessen technische und wirtschaftliche Ueberlegenheit bisher der Stolz der deutschen Chemieindustrie war, und schließlich die Gefährdung der Chemieausfuhr selbst, wenn andere Länder folgen. Man muß die Regierung Brüning beneiden, daß sie in diesem Augenblick keine größeren Sorgen hat, als die Einführung von Stickstoffzöllen.

Um Beckers Auslieferung.

Der Mörder dem Landesgericht eingeliefert.

Wien, 14. Juli.

Der in Wien verhaftete deutsche Nationalsozialist Becker wurde dem Landesgericht eingeliefert. Dem deutschen Auslieferungsbegehren wird nur dann stattgegeben werden, wenn die Begehung des Totschlags als gemeines Verbrechen beurteilt wird. Sollte der Totschlag jedoch im Verlauf eines politischen Streites erfolgt sein, so wird dem Auslieferungsbegehren nicht stattgegeben.

Gästeflucht in Belgien.

Mark nicht mehr eingelöst.

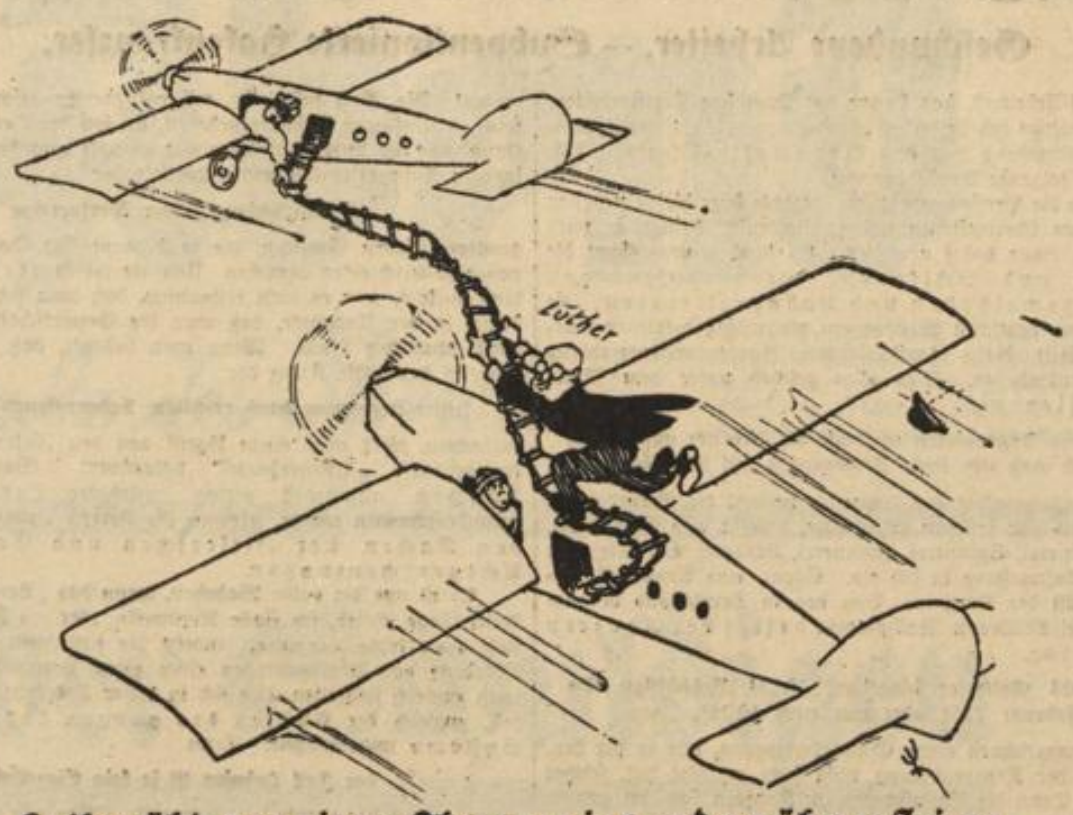
Brüssel, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Aus den belgischen Seebädern mußten am Dienstag viele Deutsche in ihre Heimat zurückkehren, da es ihnen unmöglich war, ihr deutsches Geld zu wechseln. In Blankenberge wurden am Dienstagmittag nicht weniger als 500 Fahrkarten nach Deutschland ausgegeben. Ganze Pensionen sind durch diese Vorkommnisse leer geworden. Deutsche Automobilisten, die mit ihrem Wagen nach England wollten, wurden nicht befördert, da sie nur deutsches Geld hatten.

Aeltestenrat tagt Freitag.

Präsident Löbe hat den Aeltestenrat des Reichstages für Freitag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, einberufen. Die Einberufung ist auf Grund der deutschnationalen, nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge erfolgt, um über die Einberufung des Reichstags Beschluß zu fassen.

Was ein Reichsbankpräsident können muß ...



Luther übt, von einem Flugzeug ins andere überzusteigen.

Droht eine neue Inflation?

Ein aufklärender Rundfunkvortrag.

Die Aufregung der deutschen Bevölkerung über die Ereignisse der letzten Tage hat den Berliner Rundfunk veranlaßt, einen der bekanntesten volkswirtschaftlichen Wissenschaftler, Professor Bonn, über das Thema „Droht eine neue Inflation?" sprechen zu lassen. Dieser Vortrag, der von zahlreichen Sendern im Reiche übernommen wurde, ist umsomehr zu begrüßen, als die Vorgänge der letzten Zeit in der Tat in weiten Kreisen des deutschen Volkes eine neue Inflationspanik erzeugt haben.

Professor Bonn führte aus: Von allen wirtschaftlichen Schicksalsschlägen ist eine Inflation bei weitem das schrecklichste Ereignis und von allen Völkern, die eine Inflation durchgemacht haben, ist das deutsche Volk dasjenige, das den Inflationsschrecken bis zur Neige ausgekostet hat. Daher ist die Unruhe und die bange Frage des Volkes, ob eine neue Inflation bevorstehe, durchaus verständlich.

Man muß aber doch die ganz nüchterne Frage aufwerfen, ob zwischen der Lage, die 1919 bis 1923 zu der furchtbaren Inflation geführt hat, und der heutigen Situation auch nur die geringste Aehnlichkeit besteht. Eine Inflation entsteht doch dadurch, daß der Staat Ausgaben macht, die er mit seinen Steuereinnahmen nicht decken kann und zu deren Deckung er auch wegen fehlenden Vertrauens keine Anleihen erhält. Der Staat setzt dann die Notenpresse in Bewegung, pumpt also zusätzliches Notengeld in das Land, alle Preise steigen, dementsprechend wächst der Notenbedarf des Staates wieder weiter und so schwillt allmählich die Lawine an, wie wir es in höchster Steigerung 1923 erlebt haben.

Heute liegen aber die Dinge ganz anders. Die Regierung hat durch rücksichtsloseste Sparmaßnahmen und Ausgabedrosselungen den Etat in Ordnung gebracht. Sie ist dadurch und mit Hilfe des Hooper-Planes sogar in den Stand gesetzt, nicht nur ohne neue Verschuldung auszukommen, sondern sogar alte Schulden abzudecken. Man muß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückhaltung kurzfristiger Reichsschulden als eine ganz einzigartige Leistung ansprechen.

Von dem Reiche droht also der Währung heute keine Gefahr. Wenn der Etat nicht allein balanciert, sondern sogar Schulden abgedeckt werden können, ist von dieser Seite eine Inflation niemals zu befürchten.

Wie ist aber Deutschland in die jetzige furchtbare Situation gekommen, wenn der Reichsetat in Ordnung ist? Die Ursachen liegen auf privatwirtschaftlichem Gebiet. Die Inflation hat Deutschland arm gemacht, und es ist zu seiner Entwicklung auf fremde Hilfe angewiesen. So hat sich die Aufnahme von ausländischen Krediten seit mehr als fünf Jahren zu einem Dauerzustand entwickelt. Diese Kredite, die die deutschen Banken aufgenommen haben, sind von diesen an die Industrie, die Landwirtschaft, den Handel, das Handwerk und den Verkehr weitergegeben worden. Von den 4 Milliarden, die die deutschen Banken dem Auslande kurzfristig schuldeten, sind

in der kurzen Zeit von noch nicht einem Jahr rund 2 Milliarden abgehoben

worden, von denen etwa 1,6 Milliarden wieder in das Ausland zurückgekehrt sind. Diese anhaltenden enormen Geldkündigungen hängen zum Teil mit der allgemeinen politischen Beunruhigung zusammen, zum andern hat der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt, eine der größten Banken des europäischen Kontinents in der gesamten ausländischen Bankwelt eine panikartige Angst vor Einlagen auch in Deutschland erzeugt.

Die Finanzlage der deutschen Banken wurde durch diese Abrufe natürlich enorm angespannt und da sie dem Auslande nicht Reichsmark, sondern Dollar, Pfunde oder Gulden schulden, haben sie in starkem Umfang an den Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank gezehrt. Da die Reichsbank das 2½fache ihres Gold- und Devisenbestandes in Noten umlaufen lassen kann, so hat

das Zusammenschrumpfen der Gold- und Devisenvorräte natürlich eine entsprechende Schrumpfung des Geldumlaufs im Lande

zur Folge. Hier liegen die Ursachen für die enorme Geldknappheit.

Die Unruhe, die diese Entwicklung erzeugte, hat natürlich alle Welt in Deutschland nervös gemacht. Wer denkt aber bei dem Sturm auf die Banken und Sparkassen daran, welch ein ungeheurer Schaden durch einen solchen Run angerichtet wird. Wie sollen auch die bestfundierten Banken, die mit Milliarden fremder Gelder arbeiten, in der Lage sein, diese Summen sozusagen im Handumdrehen flüssig zu machen. Wie sollen die Sparkassen, die die Spargelder in Goldhypotheken angelegt haben, sofort die zurückgeforderten Gelder zur Verfügung stellen?

Woher soll die Wirtschaft, wenn die Banken und Sparkassen ausgeleert sind, und das zurückgeholte Geld zu Hause wieder im Sparstrumpf oder im Tischkasten arbeitslos liegt, ihre notwendigen Betriebsmittel zu Lohnzahlungen und andere laufende Ausgaben hernehmen?

Man spricht von Notstandsmaßnahmen der Regierung, aber soviel steht fest, daß Notstandsmaßnahmen besonderer Art gar nicht notwendig wären, wenn jedermann seinen Kopf oben behielte. Wir stehen in einer Krise des deutschen Kredites und hoffen, daß das Ausland uns hilft. Wie aber soll das Ausland hilfsbereit sein, wenn die deutsche Bevölkerung selbst kein Vertrauen mehr zu Deutschlands Zukunft hat. Im Interesse des Volksganzen ist heute jede Kopflosigkeit zu vermeiden und Selbstvertrauen und Selbstdisziplin sind jetzt die beste Tat.

Durchführungsverordnung erlassen.

Ergänzung der Verordnung über Bankfeiertage.

Die Reichsregierung hat folgende weitere Durchführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 erlassen:

2. Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931, vom 14. Juli 1931.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931, Reichsgesetzbl. 1 S. 361, wird verordnet:

Artikel 1. Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

Artikel 2 sind im gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebühren, Auslagen oder Vorschüssen oder für den Nachweis einer solchen Zahlungsfristen vorgesehen, an deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

3. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

Die Haltung der Kapitalsmärkte.

Gespanntes Abwarten in New York.

New York, 14. Juli.

das Interesse der Washingtoner Regierung und der New-Yorker Finanzwelt richtet sich auf die zu erwartenden Maßnahmen der Reichsregierung sowie auf die Pariser Zusammenkunft Stimson—Henderson—Briand.

Im allgemeinen spiegelt die stetige Haltung der Börse und die leichte Befestigung der deutschen Anleihen und der Reichsmark eine Stimmung ruhigen, wenn auch gespannten Abwartens wider.

In Washington tagte am Dienstag unter dem Vorsitz Hoovers der übliche Kabinettsrat, dessen Arbeiten ausschließlich den Vorgängen in Deutschland gewidmet waren. In New York trat der Vollzugsausschuß der Bundesreservebank zusammen, die vermutlich noch am heutigen Dienstag beschließen wird, in Verfolg des Baseler Beschlusses ihren Anteil an dem 100-Millionen-Dollar-Kredit ebenfalls um drei Monate zu verlängern.

London.

London, 14. Juli.

Die Londoner Börse lag heute verhältnismäßig fest und der Grundton war gegenüber dem Vortag kaum wesentlich verändert, was aber nicht verhinderte, daß verschiedene Werte, darunter auch deutsche Bonds sich leicht erholen konnten. Der Wechselkurs der Reichsmark war weiter gebessert und zum Schluß ziemlich stetig.

Der Nordwolle-Skandal.

Geschundene Arbeiter. — Subventionierte Hakenkreuzler.

„Der Textil-Arbeiter", das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, beschäftigt sich in seiner nächsten, am 17. Juli erscheinenden Nummer eingehend mit dem Nordwolle-Skandal. Wir entnehmen ihm folgende Ausführungen:

Wenn heute die Presse ausführliche Berichte über diesen neuesten und bisher kaum übertroffenen Wirtschaftsskandal bringt, so wird eine wesentliche Seite dabei vergessen. Es bleiben unerwähnt die Quälereien und Schikanen, die wahnsinnigen Ausbeutungsmethoden und Lohnprellereien, die in diesem größten deutschen Wollkonzern planmäßig betrieben wurden. Das Objekt dieses kapitalistischen Ausbeutungsverfahrens waren die Textilarbeiter. Dies alles geschah unter dem Motto „Rationalisierung".

Eine Schar von Ingenieuren verfolgte die Arbeiter auf Schritt und Tritt und maß jede ihrer Bewegungen mit der Stoppuhr.

Das Produktionsgebiet des Konzerns umfaßt die Verarbeitung der Rohwolle bis zur fertigen Strickware, schließt also Sortiererei, Wäscherei, Kämmerei, Spinnerei, Zwirnerei, Färberei, Strickerei und handelsfertige Aufmachung in sich ein. Sogar eine Anzahl Nebenbetriebe unterhält der Konzern. Von den in Deutschland vorhandenen rund zwei Millionen Wollspindeln besitzt der Konzern allein 25 Proz.

Im Mai 1928 zählte er insgesamt 28 131 Beschäftigte, im Februar 1931 aber nur noch 19 247.

Diese Zahlen kennzeichnen einen Entwicklungsgang, wie er für den, der die Arbeit der Konzernleitung nicht stets verfolgt hat, schwer vorstellbar ist. Denn die Entlassungen im Konzern sind, im ganzen gesehen, nicht etwa auf schlechten Geschäftsgang zuückzuführen, sondern eine Folge der angespannten Rationalisierung. Ein wüstes Antreibersystem griff Platz. Jeder einzelne der 13 Konzernbetriebe — von denen einer in Neudeck in Böhmen liegt — erhielt den Besuch der Abbaukommission, welche durch

Verminderung der Belegschaftsmitglieder und Verteilung der dadurch gesteigerten Arbeit auf die übrigen Köpfe

die „Rentabilität" der Werke zu erhöhen suchte. Wenn das noch nicht genügte, wurde der Gang der Maschinen beschleunigt und, selbstverständlich, die Akkordsätze gekürzt. Auch das versprach noch nicht den gewünschten Erfolg, und so führte man schließlich ein besonderes Prämiensystem ein, das den Arbeiter, wollte er auch nur eine bescheidene Lohnhöhe erreichen, zwang, über seine Kräfte hinaus zu arbeiten.

Nach diesen Andeutungen wird es nicht verwunderlich erscheinen, daß die Konzernleitung auch in anderer Hinsicht sehr forsch auftrat. Die Welt wäre ihr erst vollkommen erschienen, hätte es keine organisierten Arbeiter gegeben, die sich der Verwirklichung der Grundsätze der Bremer Leitung nur allzuoft entgegenstemmten. Besondere Aufmerksamkeit wurde deshalb der

Heranzüchtung gelber Werkvereine

gewidmet, jenen Gebilden, die so bekannt sind, daß wir sie nicht näher zu beschreiben brauchen. Und als die Hitlerei in Deutschland aufkam, war es nicht erstaunlich, daß man sich auch ihrer bediente in der Annahme, daß man die Gewerkschaftsbewegung dadurch schwächen könne. Wenn man bedenkt, daß die „Patrizier" Lahusen das hohle Kreuz der

Hitler-Bewegung durch reichliche Subventionen zu stärken

versuchten, wird man einen Bgriff von den Zielen der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei" bekommen. Was aus den Knochen aufreizend gering entlohnter Textilarbeiter herausgeschunden wurde, streuten die Herren Lahusen freigebig in den Rachen der Hitlerschen und Goebbelsschen Achtgroschenjungen.

Es ist nur die halbe Wahrheit, wenn das „Berliner Tageblatt" dieser Tage schrieb, im Falle Nordwolle, „der ein Fall Lahusen ist, sieht man keine Tragödie, sondern die finanzielle und moralische Dekadenz von Abkömmlingen eines alten Patrizierhauses". Man muß zugleich feststellen, daß sich in dieser Dekadenz, in diesem Verfall, zugleich der Abstieg des ganzen kapitalistischen Systems widerspiegelt. Denn

der Fall Lahusen ist ja kein Einzelfall,

wenn er auch der größte seit Jahren ist. Aber wie oft offenbart sich denn die moralische Dekadenz des Besitzers eines Unternehmens bei einem Zusammenbruch? In den meisten Fällen erfährt ja die Oeffentlichkeit gar nicht die Anwendung jener Geschäftspraktiken, die einer vollkommen verlotterten Moral entspringen. „Moralische Dekadenz" ist keine Ausnahmeerscheinung im heutigen Wirtschaftssystem mehr, sondern sie bildet den Boden, auf dem sich die großen kapitalistischen Transaktionen abspielen. Material für diese Behauptung bieten uns die vielen kapitalistischen Zusammenbrüche, betrügerischen Bankrotte, Gerichtsverhandlungen und Prozesse.

Wenn man das ausspricht, muß man auch an die Hetze gegen die Betriebe der öffentlichen Hand denken, in denen angeblich Korruption das Szepter führt. Der neue Skandal des Nordwollekonzerns, der ja nur einer von den vielen der letzten Jahre ist, die sich in der Privatindustrie ereignen, zeigt, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer außerhalb jeder Konkurrenz stehen!

Die Beamten zur Krise.

Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 14. Juli, zu der Vorstandsvertreter aller angeschlossenen Gewerkschaften hinzugezogen waren, einstimmig folgende Kundgebung an die freigewerkschaftlichen Beamten beschlossen:

„Die Wirtschaftskrise ist durch den Zusammenbruch eines der größten deutschen Wirtschaftskonzerne und durch die Zahlungsunfähigkeit einer der größten deutschen Banken zur Wirtschaftskatastrophe geworden. Als Notmaßnahmen sind die volle Reichsgarantie für die Danat-Bank, die Ermächtigung an die Regierung, Bankfeiertage anzuordnen und eine vorübergehende Schließung der deutschen Börse erfolgt; weitere Schutzmaßnahmen gegen die spekulativen Auswüchse des kapitalistischen Systems sollen dem Vernehmen nach von der Reichsregierung in den nächsten Tagen ergriffen werden.

So sehr wir auch in diesen Vorgängen neue Beweise für die Brüchigkeit und die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft erblicken, so entschieden wenden wir uns aber

gegen die rechtsradikalen und linksradikalen Versuche, die gegenwärtige Wirtschaftsnot zur Herbeiführung eines Chaos auszunutzen.

Ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch würde nicht nur unsägliches Elend, Hunger und Verzweiflung über die deutsche Arbeiterklasse bringen, sondern auch die Zukunftsaussichten auf Ummandlung der Wirtschaft im gemeinwirtschaftlichen Sinne um Jahrzehnte zurückwerfen. Besonders uns steht klar vor Augen, daß ein Zusammenbruch der deutschen öffentlichen Wirtschaft und der sich daraus ergebende Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen den schwersten Schlag gegen das Berufsbeamtentum bedeuten würde.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in den letzten Tagen hat auch die bis dahin latente politische Krise zum offenen Ausbruch gebracht. Mit wachsender Sorge haben wir das seit Locarno wieder gestiegene internationale Mißtrauen, insbesondere Frankreichs, beobachtet, das in beunruhigendem Maße durch die seit den Septemberwahlen immer offener hervorgetretenen nationalistischen Strömungen gefördert worden ist. Wenn auch wir eine Lösung der Reparationsfrage in einem für das deutsche Volk, insbesondere für die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten tragbaren Maße mit aller Eindringlichkeit fordern, so protestieren wir dennoch entschieden gegen die von der äußersten Rechten und Linken geforderten Methoden, die nur der internationalen Verhetzung dienen und in der Hauptsache für die gegenwärtige Kreditkrisis Deutschlands verantwortlich gemacht werden müssen. Wir fordern vielmehr im Sinne der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften eine

auf internationaler Verständigung beruhende vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker,

die allein eine endgültige Liquidierung der Kriegsschulden und des Völkermißtrauens herbeiführen kann.

An unsere Kollegen aber richten wir in diesen Tagen den Appell, nicht die Nerven zu verlieren, sondern trotz aller Wirrnisse der Gegenwart den Glauben an die Richtigkeit der Ziele der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung aufrechtzuerhalten und sich in alterprobter Disziplin besonnen, aber auch entschlossen hinter ihre Organisationen zu stellen, eingedenk dessen, daß die freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sich schon mehr als einmal in Schicksalsstunden unseres Volkes als der eherne Fels der demokratischen deutschen Republik erwiesen haben."

Banken sperren Gehälter!

Unerträgliche Auslegung der Notverordnung.

Die von der Reichsregierung für Dienstag, den 14. und Mittwoch, den 15. Juli d. J. vorgesehenen Bankfeiertage haben unter anderem dazu geführt, daß die Großbanken den Beschluß gefaßt haben, die im Bankgewerbe tariflich festgelegte Gehaltszahlung am Medio nicht vorzunehmen. Begründet wird diese Haltung der Banken teilweise damit, daß die Kundschaft der Banken sich darüber beschweren könne, wenn die Angestellten zwar ihre Gehälter, die Kunden aber nicht ihre Depositen erhielten. Andere Banken wiederum begründen ihre Haltung damit, daß die Ausführungsbestimmungen der Notverordnung auch die Auszahlung der Gehälter an Bankfeiertagen verbiete!

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hat demgegenüber an das Reichskabinett ein Telegramm gerichtet, in dem verlangt wird, daß im gleichen Umfange wie die Depositäre der Danatbank auch die vertraglichen Rechte und die sozialen Errungenschaften der Bankangestellten durch Reichsgarantie geschützt werden sollen. Mit Rücksicht auf die Auslegung, die die Notverordnung vom 13. Juli durch die Banken erfährt, hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten am gestrigen Tage schärfsten Protest gegen die Hinausschiebung des Gehaltszahlungstermins bei den zuständigen Ministerien sowohl wie bei den Bankleitungen angemeldet und keine Zweifel darüber gelassen, daß eine weitere Hinauszögerung der fälligen Gehaltszahlung zu den größten Komplikationen führen würde.

Das Reichsfinanzministerium, das ausdrücklich mit einer entsprechenden Interpretation der Bestimmungen der Notverordnung angegangen worden ist, hat sich in Stillschweigen gehüllt.

Schlichtung in der Krise.

Eine aufschlußreiche Statistik.

Das „Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht in seiner Nr. 19 eine Statistik des Schlichtungswesens für das Jahr 1930, die wie die Jahresberichte der Gewerkschaften erkennen läßt, wie stark schon im vorigen Jahr die lohn- und tarifpolitische Aktivität der Gewerkschaften durch die Krise gehemmt wurde.

Wurden im Jahre 1929 bei den Schlichtungsausschüssen noch 6683 Schlichtungsverfahren eingeleitet und bei den ständigen Schlichtern 426, so waren es im vorigen Jahr bei den Schlichtungsausschüssen nur noch 3760 und bei den Schlichtern 257 Verfahren. Ebenso ging natürlich auch die Zahl der an den Schlichtungsverfahren beteiligten Personen zurück. Die nachstehend in Klammern angeführten Zahlen sind die entsprechenden Vergleichszahlen des Jahres 1929.

An den Streitigkeiten vor den Schlichtungsausschüssen waren 3 917 593 (6 457 569) Arbeiter und Angestellte beteiligt und an den Schlichtungsverfahren bei den ständigen Schlichtern und den in Sonderfällen vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichtern 4 278 132 (4 893 713) Personen. Dieser außerordentlich starke Rückgang erklärt sich wohl daraus, daß infolge der schlechten Konjunktur viele Arbeitergruppen von Tarifkündigungen Abstand nahmen. Erst nach dem Berliner Metallarbeiterstreik, zum größten Teil sogar erst in den ersten Monaten dieses Jahres, gingen die Unternehmer zur Offensive und zur Kündigung der Tarifverträge über.

Von den Verfahren vor den Schlichtungsausschüssen wurden 767 (821) von den Unternehmern eingeleitet, 2858 (5745) von den Gewerkschaften, 74 (72) von beiden Parteien und 61 (45) von Amts wegen. Die Streitfälle betrafen in 3063 (5598) Fällen Arbeiter, in 641 (1019) Fällen Angestellte und in 56 (66) Fällen beide Gruppen. Von den 3760 (6683) Verfahren bei den Schlichtungsausschüssen wurden 2624 (4809) vor der Schlichtungskammer erledigt, und zwar 1957 (3705) durch Schiedsspruch und 333 (522) durch sonstigen Beschluß, z. B. weil in der Kammer keine Mehrheit für einen Spruch zustande kam und das Schlichtungsverfahren deshalb eingestellt wurde. Der Rest der Verfahren wurde schon im Vorverfahren oder noch früher erledigt.

Von den 1957 (3705) Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse waren 157 (214) bindend; 520 (1119) wurden von beiden Parteien angenommen, 892 (1741) von den Unternehmern, 296 (448) von den Gewerkschaften und 92 (183) von beiden Seiten abgelehnt. Von den 1280 (2372) abgelehnten Schiedssprüchen erledigten sich 360 (862) noch durch spätere Einigung, 257 (514) durch Verbindlichkeitserklärung, 229 (430) durch Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung und 434 (566) auf andere nicht näher bezeichnete Weise.

Von den 257 (426) Schlichtungsverfahren vor den ständigen und Sonderschlichtern wurden 74 (97) auf Antrag der Unternehmer, 118 (253) auf Antrag der Arbeitnehmer, 50 (47) auf Antrag beider Parteien und 15 (29) von Amts wegen eingeleitet. Von den 190 (293) Fällen, die vor Schlichtungskammern bei den Schlichtern erledigt wurden, geschah dies in 147 (222) Fällen durch Schiedsspruch und in den übrigen Fällen durch vorherige Einigung oder einen anderen Beschluß. Von den 147 (222) Schiedssprüchen wurden 43 (83) von beiden Seiten angenommen und 4 (6) von beiden Seiten abgelehnt. 3 (10) Schiedssprüche waren von vornherein bindend. 53 (83) Schiedssprüche wurden von den Unternehmern und 44 (40) von den Arbeitnehmern abgelehnt. Diese Steigerung spricht deutlich für die Tendenz der Schiedssprüche. Von den 101 (129) abgelehnten Schiedssprüchen, die unter Vorsitz der ständigen oder Sonderschlichter gefällt worden waren, wurden 41 (36) verbindlich erklärt. Auch hier eine bezeichnende Steigerung, die den Druck der Regierung erkennen läßt. Ueber 34 (71) Sprüche erfolgte eine Einigung zwischen den Parteien. 13 (7) Schiedssprüche wurden nicht für verbindlich erklärt und 13 (15) Schiedssprüche wurden auf andere, nicht bezeichnete Weise erledigt. Erwähnenswert ist schließlich noch, daß von den 826 (1481) Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung 223 (282) auf Antrag der Unternehmer, 597 (1180) auf Antrag der Arbeitnehmer, 1 (4) von beiden Parteien und 5 (15) von Amts wegen eingeleitet wurden.

Diese Statistik läßt nicht nur die Einwirkung der Krise erkennen, sondern auch die der Reichsregierung. Von oben begann der Druck auf die Löhne, mit der Wirkung, daß dadurch die Krise noch verschärft und die Gesamtwirtschaft einem fast hoffnungslosen Schrumpfungsprozeß ausgeliefert worden ist.

Wann ist Kündigungstermin?

Darf am Montag gekündigt werden, wenn der letzte Kündigungstag auf einen Sonntag fällt?

Das Reichsarbeitsgericht hat diese Frage bejaht. In der Urteilsbegründung heißt es: Um diese bisher strittige Frage zu beantworten, darf man nicht am Wortlaut des § 193 BGB. haften, sondern muß, wie bei jeder Gesetzesauslegung, auf Sinn und Zweck der strittigen Bestimmung zurückgreifen. § 193 BGB. bringt den Rechtsgedanken zum Ausdruck, daß — abgesehen von entgegengesetzten Parteiabreden — an einem Sonn- oder Feiertag niemand eine Leistung fordern und wider seinen Willen zur Vornahme von Rechtshandlungen gezwungen werden dürfe, vielmehr ist dafür der nächstfolgende Werktag gültig. Der Gesetzgeber bezweckte, daß alle an einem Sonntag abzugebenden Willenserklärungen ohne Rücksicht darauf, daß dies zu einer Verkürzung der sonst nach §§ 187, 188 BGB. zu berechnenden Fristen führen muß, rechtsgültig auf den nächstfolgenden Werktag verlegt werden. Das Recht, auf Grund einer Kündigung das Angestelltenverhältnis enden zu lassen, stand der Beklagten bis einschließlich des Sonntags zu. Da dieser Tag ein Feiertag war, konnte sein Ablauf allein ihr Kündigungsrecht nicht vernichten. An Stelle des Sonntags trat vielmehr gemäß § 193 BGB. zwangsläufig der folgende Montag, so daß die Kündigung dieselben Folgen hat, als wenn sie am Tage vorher ausgesprochen worden wäre.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, um 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 18. Unterhaltungsabend. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Gewerkschaften, Lohnabbau und Preissenkung. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstraße. Arbeiterdichtungen auf Schallplatten. — **Nordring:** Schule, Sonnenburger Str. 20. Aktuelles. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 4 (erst um 20 Uhr). Musikabend — Schallplatten. — **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Warum bin ich in der FGJ.? — **Flughafen:** Gruppenheim Flughafenstr. 68 (U-Bahnhof Boddinstraße). Sternwarte-Besichtigung und Abendspaziergang durch den Treptower Park. — **Neukölln:** Jugendheim Neukölln, Bergstr. 29 (Hof). Das faschistische Italien. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Das Betriebsrätegesetz. — **Schöneberg:** Hauptstraße 15 (Gartenhaus). Schnurriges und Kurioses im [illegible]. — **Jugendberatungsstelle:** Altonaer Str. 30 v. I links. Geöffnet 18½ Uhr bis 19½ Uhr. Die Jugendberatungsstelle ist vom 22. Juli bis 20. August geschlossen. — **Gesamtverband.** Fachgruppe Gärtnerei: 20 Uhr Jugendheim Engelufer 24/25, Gewerkschaftshaus, Aufgang B ptr. „Wandern u. Schauen".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, folgende Veranstaltungen: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Vom Sozialistengesetz zur letzten Notverordnung", Ref.: Bunzel. — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Tagespolitische Rundschau. — **Nordost:** Jugendheim Danziger Str. 62. Diskussionsabend: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung". — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Vortrag: „Alt-Berliner Humor". Ref.: Schaefer. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Gaßlerstr. 61. Wir üben neue Lieder. — **Oberspree:** Schule in Niederschöneweide, Berliner Str. 31, Eingang Hasselwerder Straße. Arbeitsgemeinschaft: „Die Angestelltenbewegung", Leiter: Holz. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 13 (Gasanstalt), am Bahnhof Köpenick). Liederabend, Leiter: Weißenberger. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: „Die gegnerischen Gewerkschaften — sind sie auch Vertreter der Arbeitnehmer?", Ref.: Lehrer. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Wir gehen baden. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Vortrag: „Für und wider die Todesstrafe", Ref.: Lewinski. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. „Alt-Berliner Humor" (Abend eigener Ausgestaltung). — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Tagespolitische Rundschau", Ref.: Bernstein. — **Potsdam-Nowawes:** Badeabend. — **Sportabteilung:** Uebungsabend, 20 Uhr, in der städtischen Turnhalle, Prinzenstraße. — **Spiele im Freien** ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshain.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **Friedr. Sklorz;** Feuilleton: **Dr. John Schikowski;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.